2/2020

stuttgart liberal

Das Mitgliedermagazin der FDP Stuttgart

AUS DEM KREISVERBAND

Cannstatter Wasen nicht zu früh aufgeben

AUS DEM BUNDESTAG

Entlasten, investieren entfesseln

AUS DEM LANDTAG

Etappen in der Corona- Krise

AUS DEM GEMEINDERAT

COVID19 – Bewährungsprobe für die Stadt

Freie Demokraten

Stuttgart FDP

Inhalt

VORWORT

3 Vorwort des Kreisvorsitzenden

AUS DEM KREISVERBAND

4 Fahrverbote auf den Prüfstand stellen

5 Bürgerrechte und Freiheit in Corona-Zeiten mit Benjamin Strasser MdB und Dr. Matthias Fahrner

6 Freiwilliges Engagement in Zeiten von Corona

8 Persönliche Statements: Wie erleben Sie die Krise?

10 Europa vs. Corona: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Europaabgeordneten

12 Online-Diskussion über Schulbetrieb in Corona-Zeiten

13 Mitmachen beim 24-Tage-Lauf für Kinderrechte

14 Automobil-Experten über E-Fuels und die Chancen für unsere Automobilwirtschaft

16 FDP Stuttgart verzichtet auf eigene OB-Kandidatur

16 Kampf gegen Corona

17 Cannstatter Wasen nicht schon jetzt verloren geben

18 Brief von Nico Metz an die Mitglieder

19 Liberaler Wasentreff in der „Grillmeisterei" fällt aus

AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

20 Die Corona-Pandemie als Bewährungsprobe für die EU

AUS DEM BUNDESTAG

22 Entlasten, investieren und entfesseln – wirtschaftlicher Neustart nach der Corona-Pandemie!

AUS DEM LANDTAG

24 Mitwirkung und Sicherung der künftigen Mitwirkung des Landtags von Baden-Württemberg

AUS DER REGION

28 Sitzung des Verkehrsausschusses in Corona-Zeiten

AUS DEM GEMEINDERAT

30 COVID 19 – eine Bewährungsprobe für unsere Stadt

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

32 Corona und Homeoffice: Chance oder Herausforderung für Frauen?

33 Förderverein liberaler Senioren e.V. neu konstituiert

34 Im Einsatz für Handwerk, kleine Firmen und Solo-Selbständige

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

35 Neues aus der AG Verkehr

37 Digital First – die AG Digitalisierung

VERANSTALTUNGEN

38 Termine im 3. Quartal 2020

UNSERE VERSTORBENEN

39 Richard Bihlmaier

39 Wolf-Dieter Wieland

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart | Redaktion: Armin Serwani (V.i.S.d.P.) | Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584, E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de | Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de | Satz und Layout: Steffen Schneider | stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

Vorwort des Kreisvorsitzenden

Armin Serwani
Kreisvorsitzender
der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

in dieser besonderen Zeit muss Politik Mut machen und Hoffnung geben. Wer könnte das besser als wir Liberale, die den Menschen vertrauen und an die Fähigkeit glauben, Herausforderungen meistern zu können? Wir lassen uns also nicht anstecken von allgemeinem Pessimismus, aber wir nehmen die teilweise schweren Sorgen und Nöte der Menschen in unserer Stadt sehr ernst.

Die Vorschriften und Einschränkungen haben unser Parteileben in Teilen neu ausgerichtet. Viele Veranstaltungen finden virtuell über Online-Plattformen statt. Mein Dank gilt all jenen, die kreative und sachlich hochinteressante Diskussionen und Austauschmöglichkeiten angeregt und organisiert haben.

Wir mussten in den vergangenen Wochen und Monaten lernen, dass bestimmte Dinge nicht gewiss sind. Staat und Verwaltung reagierten zweifelsohne wirksam auf Ansteckungsgefahren, aber eben nicht durchgehend fehlerfrei, logisch und akzeptabel. Missstände wurden sichtbar. Es gibt Gründe, weshalb Einschränkungen und Regelungen schnell und ohne große Diskussionen geschehen mussten, aber es gibt noch viel mehr Gründe, weshalb das kein Dauerzustand sein kann. Es ist jetzt auch unsere Aufgabe, Dinge anzusprechen, konkrete Verbesserungen vorzuschlagen und falschen Maßnahmen entgegenzutreten. Das reicht von einer besseren digitalen Erschließung unserer Stadt über kluge Öffnungskonzepte für Gastronomie bis hin zu einer Verkehrsplanung, die auch außerhalb der Corona-Zeit leistungsfähig sein sollte.

Momentan kann niemand eine sichere Prognose abgeben über die Entwicklung der Ansteckungszahlen. Sicher ist hingegen die Erkenntnis, dass ein Einbruch der Konjunktur stattfindet. Das sind nicht nur Zahlenspiele von Wirtschaftsprofessoren, sondern das bedeutet für eine wirtschaftlich starke Stadt wie Stuttgart ganz andere Bedingungen für die öffentlichen Ausgaben und schwere Zeiten für viele Unternehmen und Beschäftigte. Wir sind keine Schönwetterpartei, die auf dem Zeitgeist reitet. Wir werden Positionen deutlich machen, die auch in Krisenzeiten gefragt sein werden.

Drei Wahlen stehen vor der Türe, die für Stuttgart wichtig sind: Bei der Oberbürgermeisterwahl im November werden wir keinen „eigenen“ Kandidaten oder Kandidatin aufstellen. Bereits jetzt zeigt sich aber, dass wir mit unseren Inhalten und Absichten von den bereits aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten sehr aufmerksam wahrgenommen werden. Die Wahl zum Landtag im März 2021 und die Wahl zum Bundestag im Herbst dieses Jahres werden wir mit eigenen und überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten meistern. Diese werden wir Ende Juli aufstellen, Details finden Sie in einer Extraausgabe des Mitgliedermagazins.

Wir werden die bevorstehenden Aufgaben engagiert anpacken und nicht zuletzt auch mit Spaß an Diskussionen und Aktionen bestehen. Wer die FDP Stuttgart kennt, weiß, dass für uns jede Zeit „besonders“ ist und war.

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Armin Serwani
Kreisvorsitzender

Fahrverbote auf den Prüfstand stellen

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Die Landesanstalt für Umwelt (LUBW) hat die Zahlen der vorbeifahrenden Fahrzeuge für die Freitage Januar bis März präsentiert: 65.000, 67.000 und – bedingt durch den Corona-Shutdown – 38.000. Das Verblüffende: Die Stickoxidwerte im März stiegen trotz erheblich weniger Autos leicht!

„Die stark reduzierten Fahrzeugzahlen und die davon weitgehend unberührten gemessenen Stickstoff-Werte in Stuttgart sind ein starkes Argument“, so der FDP-Kreisvorsitzende **Armin Serwani**. Dies zeige, dass der viel beschworene Zusammenhang zwischen Dieselverboten und verbesserten Luftwerten nicht haltbar sei.

Daher fordert die FDP Stuttgart, auf jeden Fall auf weitere Fahrverbote in Stuttgart zu verzichten und die bestehenden auf den Prüfstand zu stellen. Dies hatte der grüne Umweltminister **Franz Untersteller** auch bereits Ende März angedeutet.

„Wir haben jetzt die Erkenntnisse aus dieser besonderen Situation“, so Serwani. „Jetzt können wir wirkliche Luftverbesserung von ideologischen Maßnahmen unterscheiden. Und das letzte, was wir in den kommenden Monaten brauchen, sind unsinnige Verbote im öffentlichen Leben.“

[Archivbild] v. l. n. r. Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny, Landesvorsitzender Michael Theurer MdL und Regional-/Stadtrat Armin Serwani bei der Kontrollstation am Stuttgarter Neckartor

Bürgerrechte und Freiheit in Corona-Zeiten mit Benjamin Strasser MdB und Dr. Matthias Fahrner

Johanna Molitor
Beisitzerin im Kreisvorstand

Die Corona-Pandemie hat unser Leben verändert und viele Einschränkungen verlangt. So werden auch in demokratischen Staaten Bürgerrechte außer Kraft gesetzt. Die (wirtschaftliche) Freiheit wird massiv eingeschränkt. Doch selbst im Katastrophenfall dürfen Grundrechte nicht einfach ausgesetzt werden. Jede Beschränkung von Menschen- und Freiheitsrechten muss überprüft werden, ob sie legal, legitim, notwendig und verhältnismäßig ist.

Damit der politische Diskurs aber auch während bestehender Kontaktbeschränkungen nicht zu kurz kommt, hat der Kreisverband in einem digitalen Format zu einer Online-Diskussion eingeladen.

Mit den Referenten **Benjamin Strasser**, FDP-Obmann im Innenausschuss des Bundestages, und **Dr. Matthias Fahrner**, Mitglied des Bundesvorstands der Neuen Richtervereinigung, haben wir über die Verhältnismäßigkeit der Einschränkungen der Corona-Verordnung gesprochen, über die Hintergründe der Änderung des Infektionsschutzgesetzes und einen Blick auf die europäischen Nachbarstaaten geworfen.

Benjamin Strasser berichtete über die Situation und Wahrnehmung im Bundestag, der von der Tragweite der Epidemie überrascht wurde und in einer angespannten Lage wichtige Entscheidungen zu treffen hatte. In dieser Phase, in der die Mehrheitsverhältnisse durch Abgeordnete, die sich in Quarantäne befanden, verwässert war, hat die FDP-Bundestagsfraktion Änderungsanträge eingebracht und so schlussendlich die Grundrechtseinschränkungen mitgetragen. Dies auch, damit Bilder wie aus Norditalien oder Frankreich in Deutschland vermieden werden konnten. Dr. Fahrner machte deutlich, dass das Grundgesetz nicht Rechte gewährt, sondern gewährleistet und die Entscheidungen in einem gleichberechtigten Grundrechtsabwägungen erfolgen müssen. Dem „Erklärungsvakuum“ rund um das Corona-Virus müsse mit Rationalität begegnet werden und diese Rationalität erfordere Wissen.

Nicht nur wirtschaftlich hat die Corona-Pandemie unseren Alltag verändert – es wird auch die Gesellschaft verändern und vielleicht eine Chance bieten, eine Wertediskussion anzustoßen, warum Freiheit und Grundrechte wichtig sind!

v.l.o.n.r.u. Dr. Matthias Fahrner, Ulrich Schnabel, Armin Serwani, Johanna Molitor, Benjamin Strasser MdB, Philipp Bubeck

Freiwilliges Engagement in Zeiten von Corona

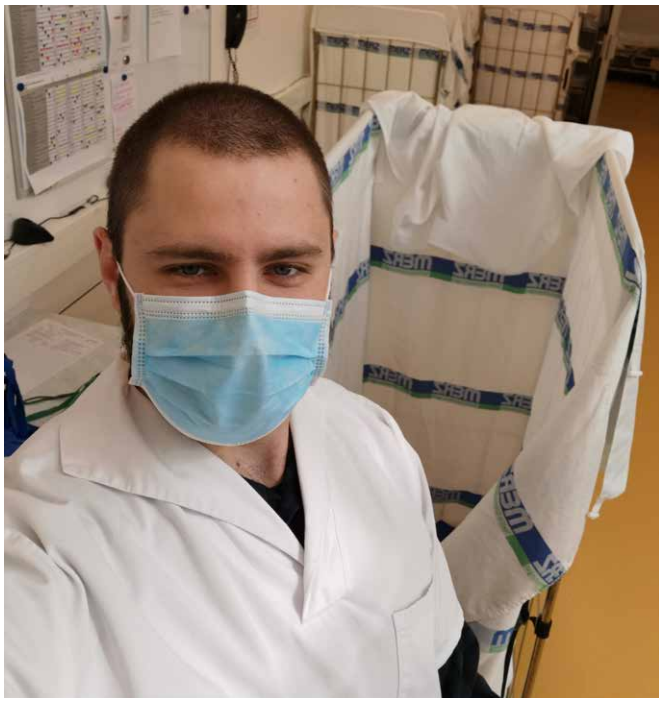
Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Gerade besondere Zeiten brauchen Menschen, die ihre Fähigkeiten hilfreich einsetzen. Unser Stuttgarter FDP-Mitglied **Elias Moll** zeigt das herausragend:

Er beteiligt sich an einer Initiative von Rotary Stuttgart und hilft älteren Menschen in vielerlei Hinsicht: Beim Einkaufen, bei der Wäsche und in weiteren Bereichen.

Eine Sache ist aber besonders wichtig: Als Technologiemanagement-Student richtet er für die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen des Wohlfahrtswerkes Tablets ein und erklärt Skype sowie FaceTime. Gerade ältere Menschen müssen vor Infektion geschützt werden und daher die Öffentlichkeit meiden. Elias Moll sorgt dafür, dass sie dennoch Kontakt zu ihren Angehörigen und Freunden halten können. An den Osterfeiertagen war es wichtiger denn je.

Wir sagen: Danke und Respekt für die Leistung von Elias Moll!



Nachbarschaftshilfe besonders wichtig

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nachbarschaftshilfe sind während der Corona-Pandemie besonders wichtig. Deswegen hat die Stuttgarter Landtagsabgeordnete **Gabriele Reich-Gutjahr** die ehrenamtlichen Corona-Helfer im Edeka im Fasanenhof unterstützt. Jeden Tag unterstützen die Ehrenamtlichen durch Corona besonders gefährdeten Personen beim Einkaufen während der Sonderöffnungszeit von 7 Uhr bis 8 Uhr. Eine tolle Initiative, die zeigt, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement ist.

Shoppen im Shutdown – aber bitte lokal!

Die FDP-Bezirksbeiräte **Dr. Thilo Rossberg** und **Friedrich Haag** haben einen Antrag in den Bezirksbeirat Degerloch eingebracht, mit Bannerwerbung den Einzelhandel vor Ort zu unterstützen. Dieser wurde einstimmig angenommen und zügig in die Tat umgesetzt. Friedrich Haag stellte kurzerhand zwei Hänger für die Aufstellung am Ortseingang zur Verfügung.

Zusammen stark für und mit Einzelhändlern und Gastronomen

Unser Fraktionsmitglied und Degerlocher **Eric Neumann** organisierte zusammen mit der Waldau Apotheke für die Degerlocher Einzelhändler und Gastronomen Mundschutzmasken und Desinfektionsmittel, um sie für den „Teil-Neustart“ am 20. April 2020 zu rüsten. Dafür ist er spontan zu einem Händler nach Balingen gefahren und hat die begehrte Ware abgeholt.

Eric Neumann: „Zusammenhalt ist gerade wichtiger denn je. Wir haben es geschafft die Degerlocher Einzelhändler und Gastronomen in Videokonferenzen und Chatgruppen zu vernetzen. Es ist unglaublich, wie sich alle gegenseitig unterstützen. Das wurde vor allem dadurch möglich, dass wir einen schnellen unkomplizierten Weg der Kommunikation gefunden haben und innerhalb von 24 Stunden auf neue Situationen reagieren können.“

Persönliche Statements: Wie erleben Sie die Krise?

Corona ist historisch, Zeitgeschichte auch für Parteien und die FDP Stuttgart. Wir haben unsere Mandatsträger gefragt, wie sie die Sitzungen und die Atmosphäre in dieser besonderen Zeit erleben.

1. Wie empfinden Sie die Corona-Sitzungen? Was ist anders als sonst?

Dr. Matthias Oechsner

Es ist gut, dass es jetzt wieder möglich ist auch an Präsenzsitzungen teilzunehmen. Die vorherige Lösung mit Telefon- und/oder Videokonferenzen war nicht befriedigend, da meiner Meinung nach ein wichtiger Teil von Sitzungen die Wahrnehmung der Reaktionen der weiteren Teilnehmer ist.

Sibel Yüksel

Die Ausschüsse tagen wieder, allerdings haben wir statt 5 nur 1 bis 2 Stunden Zeit, um die Tagesordnungspunkte zu behandeln, eine intensivere Befassung mit den TOPs ist so kaum möglich. Das Tragen der Maske in der Sitzung ist notwendig, erschwert aber die Kommunikation. Es finden viele Telefonkonferenzen mit dem OB bzw. mit den jeweiligen BürgermeisterInnen statt, bei denen wir informiert werden und Fragen stellen, Wünsche und Anregungen äußern können – die Hinweise auf den Anzeigen in der Stadt auf Corona-Schutz statt Feinstaubalarm geht z. B. auf eine Anregung von uns bei einer Telefonkonferenz zurück – diese ersetzen aber nicht den persönlichen Austausch und reichen nicht aus. Uns fehlt zudem ein Gesamtüberblick über die derzeitige Situation in der Stadt, über „kommende" Hilfen von Bund und Land, so dass es derzeit an einigen Stellen schwer fällt, auf kommunaler Ebene politische Entscheidungen zu treffen. Da die Verwaltung fast die gesamte Arbeitskraft der Corona-Pandemie widmet, dauert die Beantwortung von Anfragen erheblich länger als sonst. Bedauerlich ist zudem, dass die beratenden Ausschüsse teilweise nicht tagen.

Judith Skudelny

Der Abstand zwischen den Menschen ist viel größer. Der kurze Austausch mit dem Nachbarn fehlt, die Arbeit ist konzentrierter. Gleichzeitig ist die Stimmung aber unpersönlicher. Viele Sitzungen werden als Videokonferenzen oder in hybriden Formaten (teilweise mit anwesenden Teilnehmern, teilweise mit zugeschalteten) durchgeführt. Im Bundestag gab es da große technische Probleme. Für einen Hochtechnologiestandort wie Deutschland eine Schande, dass wir im Bundestag solche Konferenzen selbst nach drei Monaten noch nicht problemlos hinbekommen.

2.

Wie bewerten Sie die neue Lösung mit reduzierten Teilnehmern?

Dr. Matthias Oechsner

Die Lösung ist zum Glück zumindest im GR bald keine Option mehr, da der GR nach Pfingsten bereits in voller Besetzung tagt und die Ausschüsse bereits jetzt, wenn auch im großen Sitzungssaal, die Arbeit aufgenommen haben. Etwas schwierig gestalten sich noch die Treffen der Fraktionsmitglieder. Aber auch das bekommen wir in Zukunft in den Griff.

Sibel Yüksel

Diese Lösung war nur übergangsmäßig und auch nur für wenige Gemeinderatssitzungen angedacht, aus Gründen des Infektionsschutzes wohl notwendig, allerdings nicht optimal, da drei Viertel der gewählten Mitglieder des Gemeinderates nicht an der Sitzung teilnehmen konnten. Gut finde ich es deshalb, dass nun wieder der gesamte Gemeinderat tagt, dies in einem größeren Raum in der Liederhalle.

Judith Skudelny

Grundsätzlich bin ich für kleinere Gremien, da diese in der Regel effizienter sind. Im Bundestag haben wir unsere Berichterstattungen, also unsere Spezialgebiete, aufgeteilt. Durch die reduzierte Anzahl an Personen, die sich nur in den Sitzungsräumen einfinden dürfen, spielen wir ein wenig „Reise nach Jerusalem". Das ist etwas nervig. Aber wenn das das einzige Problem in der Corona-Krise wäre, hätten wir keine Probleme.

3.

Ganz persönlich: Was vermissen Sie im Corona-Polit-Alltag?

Sibel Yüksel

Den persönlichen politischen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen bei einer Tasse Kaffee in der Kantine und die persönlichen, unmaskierten Begegnungen und politischen Diskussionen im Rathaus.

Dr. Matthias Oechsner

Die Gespräche auf dem Flur und im Paternoster. All das, was jenseits der „offiziellen" Sitzungen stattfindet, gestaltet Politik ebenso wie Fraktions-, Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen. Daher fehlt mir persönlich das am meisten.

Judith Skudelny

Den persönlichen Kontakt zu den Menschen.

Europa vs. Corona: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Europaabgeordneten

Maximilian Mayer
Beauftragter für die Europäische Union der FDP Stuttgart

Das Jahr 2020 hat es wirklich in sich: Chaotischer Brexit, ein politischer Pyromane im Weißen Haus, humanitäre Katastrophen, chinesische Machtspiele und dann auch noch Corona – passenderweise, im weiteren Sinne der Übersetzung, die „Krönung" all dieser und aller anderen Herausforderungen unserer Zeit und aus unserer Perspektive ganz so, als sei Europa nicht schon genug mit sich selbst beschäftigt gewesen; drauf und dran sich zusammenzuraufen und sich für „morgen" zu rüsten, sich teilweise gar neu zu erfinden. Was bedeutet Corona also für Europa? Ist es ein bloßes Risiko für die europäische Idee, für die Institution „Europa", für die gemeinsame Zukunft oder birgt es auch ungeahnte Chancen? Entfesselt es ungenutzte Potenziale? Diese und viele weitere Fragestellungen wurden in der gut besuchten Onlinediskussion mit unserem Abgeordneten des Europäischen Parlaments, **Andreas Glück** MdEP, am 26. Mai 2020 diskutiert.

Rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schalteten sich in die von **Maximilian Mayer** moderierte Diskussion zu und beteiligten sich mit zahlreichen interessanten und qualifizierten Beiträgen an der Debatte. Neben Fragen zu Andreas Glücks Arbeit im Europäischen Parlament, der Zusammenarbeit in der Renew Europe-Fraktion und innerhalb der aus fünf Abgeordneten bestehenden Gruppe der Freien Demokraten sowie der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Fraktionen, standen vor allem große Fragen zum Europa von heute und dem Europa von morgen im Raum.

Eines der zentralen Themen in dieser Hinsicht, war die Frage nach der Teamleistung, die es brauche, um Europa möglichst unbeschadet durch die Corona-Krise zu bringen. Schnell wurde klar, dass nationaler Egoismus auf dem Weg aus der Krise nicht besonders weit führe, sondern europäische Solidarität jetzt mehr denn je gefragt sei. Er lobte die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und die sehr gute Funktionsweise der viel und oft zu Unrecht gescholtenen europäischen Institutionen in der Krise. Europa habe den Sprung ins kalte Wasser gut hinter sich gebracht und am eigenen Beispiel gezeigt, dass es nur eine gemeinsame Zukunft geben kann, vor allem in einer Krise, die es zu meistern gilt.

Andreas Glück ging zudem auf die insgesamt gute und professionelle Reaktion der EU auf die Corona-Pandemie ein, führte die wirtschaftliche, historische und emotionale Bedeutung der Reisefreiheit und der offenen Grenzen innerhalb der EU ins Feld und thematisierte die gravierenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise, die jedoch durch Recovery Bonds, nicht zu verwechseln mit Euro Bonds, abgemildert werden könnten. Genauso ging es um die umweltpolitischen und ökologischen Folgen der Pandemie, die als Beschleuniger und Legitimation für eine ideologisch geführte ökologische Revolution herangezogen werden könne. Liberale Technologieoffenheit sei in Europa zwar sehr gefragt, um den klimatischen und ökologischen Herausforderungen bestmöglich zu begegnen. Gleichzeitig versuchten aber insbesondere die grünen Parteien und Fraktionen, die Corona-Krise für einen ideologischen Umbau der Umweltpolitik zu nutzen, erklärte Andreas Glück.

Die Krise bringe aber auch Chancen mit sich, wie z. B. eine Beschleunigung des SURE-Programms, das eine Angleichung der Sozialgesetzgebungen innerhalb der EU bedeute. Auch der zusätzliche Blick auf die Single-Seat Lösung

Andreas Glück MdEP

für das Europäische Parlament werde in der Krise nochmals intensiviert und die europäische Gesundheitsbehörde könne und müsse eine deutliche Aufwertung erfahren, um zukünftig besser gerüstet zu sein. Die Lehren aus der Corona-Krise seien eine Chance für diese wichtige Institution, gerade auch im Hinblick auf die Homogenisierung der Datenerhebung sowie der Medikamentenzulassung, um schneller und besser reagieren und neue Medikamente in einem beschleunigten und standardisierten Verfahren zulassen zu können und das bei maximaler Patientensicherheit.

Auch die Doppelbelastung des Vereinigten Königreiches, das mit den Folgen des Brexits sowie mit den verheerenden Schäden durch die Corona-Krise fertig werden muss, war eines der Themen, die zur Sprache kamen.

Zu guter Letzt stand die Frage im Raum, ob die EU als Institution insgesamt funktioniert und in der Krise gewirkt habe und weiterhin wirken werde. Andreas Glück beantwortete diese Frage ganz klar mit „ja“, denn Europa habe gezeigt und zeige es weiterhin Tag für Tag, dass es gemeinsam stark sowie anpassungsfähig sei und deutlich pragmatischer als oft angenommen.

Am Ende der gut eineinhalbstündigen Veranstaltung war mehr als deutlich geworden, wie wichtig die Europäische Union für uns ist; wie wertvoll, kraftvoll, mächtig, energiegeladen und zeitgleich so fragil und (be-)schützenswert sie zu sein vermag, besonders in den schwersten Stunden und angesichts der größten Herausforderungen. Durch die beeindruckenden Schilderungen von Andreas Glück wurde allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf besonders eindrückliche Weise klar, wie wichtig, entscheidend und bereichernd die Arbeit des Europäischen Parlaments und jedes einzelnen Mitglieds dessen ist – nicht nur in der Krise. Denn nur gemeinsam können wir die Zukunft Europas sichern. Gemeinsam müssen wir, jede und jeder Einzelne von uns, um und für Europa kämpfen.

Andreas Glück, 45, der seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments ist, war zuvor acht Jahre Landtagsabgeordneter. Im Europäischen Parlament ist er Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten. Darüber hinaus ist er Teil der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika – einem Land, zu dem er einen persönlichen Draht hat, da er während des Medizinstudiums eine Zeit in Südafrika tätig war. Der bis heute in seinem Beruf weiterhin arbeitende Chirurg ist überzeugter Europäer, aber zugleich auch stark in seiner schwäbischen Heimat verwurzelt. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seine Kinder, so sagt er mit stolzem Blick auf die Errungenschaften Europas, kennen keine Schlagbäume an Grenzen oder einen Währungswechsel bei einer Reise in Europa – so möge es bleiben.

Online-Diskussion über Schulbetrieb in Corona-Zeiten

Barba Zimmermann
Kreisgeschäftsführerin

Am 13. Mai fand eine Online-Diskussion über den Schulalltag in Corona-Zeiten statt, moderiert von unserem Kreisvorsitzenden **Armin Serwani**. Als Experten standen die Stuttgarter Bürgermeisterin für Jugend und Bildung, **Isabel Fezer**, und der Leiter der Waldschule Degerloch, **Kai Buschmann** für ein Gespräch zur Verfügung. Zunächst informierte Isabel Fezer über den von der Landesregierung vorgegebenen Fahrplan für die stufenweise Öffnung des Schul- und Kitabetriebs in Stuttgart. Sie erklärte die Faktoren, die bei der Wiedereröffnung berücksichtigt werden müssen, um ein Aufflammen der Pandemie zu verhindern. So können aufgrund der vorgeschriebenen Abstandsregeln nur eine begrenzte Anzahl an Kindern unterrichtet oder betreut werden. Jede Schule habe eine eigene Struktur, z.B. was die Anzahl und Größe der Räume, aber auch die Risikogruppen in der Lehrer- und Elternschaft betrifft. Es gebe Rahmenbedingungen, die nicht beliebig verändert werden könnten. Fezer bat um Verständnis, dass aufgrund der schwierigen Risikoabwägung ein konkretes Datum für die Rückkehr zum Normalbetrieb nicht möglich sei.

Kai Buschmann beleuchtete die Situation aus der Schulpraxis. Spannend sei, wie verschieden sich 8 Wochen Fernunterricht auf die Schülerinnen und Schüler auswirke. So hätten bspw. die Gymnasiasten die wenigsten Probleme, auch in der Realschule bekämen das die Schüler insgesamt gut in den Griff. Die Grundschüler dagegen können noch nicht komplett selbstständig arbeiten. Wichtig sei es, dass alle Schüler erreicht werden und die notwendigen Voraussetzungen haben, um zu Hause zu arbeiten. Problematisch sei es, wenn mehrere Kinder im Haushalt sind, beide Eltern gleichzeitig im Homeoffice arbeiten müssen, aber nur 1 bis 2 Endgeräte zur Verfügung stehen. Nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer

seien in dieser Situation mit Erstellung von Unterrichtsvideos und Erprobung von neuen Kommunikationswegen gefordert. Die anwesenden Eltern bemängelten, dass es nach 9 Wochen Homeschooling keine Perspektive über die erweiterte Notbetreuung hinaus gebe. Sie kritisierten, dass mehr über Bundesliga, Biergärten und Urlaub diskutiert werde statt über die Kinder. Mit Sorge nehmen manche Eltern wahr, wie die Bildungschancen der eigenen Kinder durch diese Situation beeinträchtigt werden. Auch die Frage nach der Leistungsgerechtigkeit wurde diskutiert. Ohne regulären Schulunterricht würden Kinder aus bildungsfernen Schichten weiter zurückgeworfen und damit die Bildungsungerechtigkeit qua Herkunft verstärkt. Hier müssten Lösungen gefunden werden, die allen gerecht werden. Für die Kinder seien aber nicht nur die Schule, sondern auch der Sportverein und das gemeinsame Spielen für ihre geistige und gesundheitliche Entwicklung wichtig. Die Eltern appellierten an die Politik, die Bedürfnisse der Kinder stärker in den Fokus zu nehmen. Neben interessierten Eltern nahmen auch **Gabriele Reich-Gutjahr** MdL und die **Judith Skudelny** MdB an der Diskussion teil.

Mitmachen beim 24-Tage-Lauf für Kinderrechte

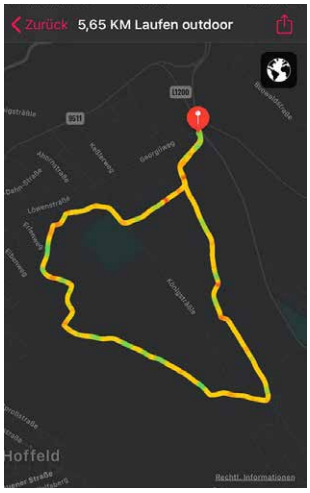
Armin Serwani
Kreisvorsitzender
der FDP Stuttgart

Es ist inzwischen eine gute Tradition, dass wir uns beim 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte beteiligen. Bei dem Benefizlauf werden Spenden für unterschiedliche Kinder- und Jugendprojekte in der Landeshauptstadt erlaufen. Veranstaltungsort war sonst immer die Bezirkssportanlage Waldau. Wegen der Corona-Pandemie wird der Lauf jetzt 24 Tage lang ausgetragen. **Er findet dieses Jahr von Donnerstag, 18. Juni, 14 Uhr bis Sonntag, 12. Juli 14 Uhr statt.**

Gelaufen werden kann egal wann und egal wo. Wichtig ist nur, dass alle Laufaktivitäten über das eigene Smartphone oder die eigene Smartwatch festgehalten und dann auf der Online-Teamseite von uns eingetragen und für alle sichtbar gemacht werden. Damit können alle Teammitglieder den aktuellen Stand nachverfolgen. Bitte teilen Sie uns dafür Ihren Namen, Ihr Alter und Ihre Laufleistung per Mail mit an: info@fdp-stuttgart.de. Unsere Teilnahme am 24-Tage-Lauf dient natürlich auch einem guten Zweck: alle Läuferinnen und Läufer werden gebeten, 1 € pro gelaufenen Kilometer für den guten Zweck zu spenden. Wer nicht laufen kann, aber trotzdem Gutes tun möchte, kann auch mit kleinen Spendenbeträgen Kinderprojekte in Stuttgart unterstützen. Alle eingegangenen Spenden werden von uns an den Förderverein Kinderfreundliches Stuttgart weitergegeben.

Bitte spenden Sie an den
FDP-Kreisverband Stuttgart
Commerzbank AG
IBAN: DE84 6008 0000 0907 1258 00
BIC: DRESDEFF600
Stichwort: „Spende 24-Stunden-Lauf“

Selbstverständlich erhalten Sie hierüber eine Spendenquittung. Weitere Infos zum Lauf und die Ergebnisse finden Sie hier: **www.stuttgarter-kinderstiftung.de/projekte/24-tage-lauf-fuer-kinderrechte**



Automobil-Experten über E-Fuels und die Chancen für unsere Automobilwirtschaft

Barba Zimmermann
Kreisgeschäftsführerin

Synthetische Kraftstoffe, Syn-Fuels, E-Fuels oder Re-Fuels – wie auch immer man sie nennen mag, vieles haben sie gemeinsam: Im Gegensatz zu fossilen Kraftstoffen verbrennen sie sauber und sind klimafreundlich. Außerdem können sie alle über die vorhandene Tankstellen-Infrastruktur vertrieben werden. Der gravierendste Vorteil aber ist: Sie können in herkömmlichen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor eingesetzt werden, die hiesigen Autohersteller könnten also in Zukunft ruhigen Gewissens E-Autos und Verbrenner parallel anbieten.

Zusätzlich gibt es für E-Fuels eine Reihe weiterer guter Argumente. Darüber und über die Zukunft der Automobilwirtschaft diskutierte mitten in der Corona-Krise eine hochkompetente Runde auf Einladung der Stuttgarter FDP und des Liberalen Mittelstands Baden-Württemberg. Rund 500 Gäste verfolgten am 11. Mai die virtuelle Talkrunde mit dem Titel „Krise meistern. Umwelt schonen. Arbeitsplätze sichern. Neue Kraftstoffe für den Verbrennungsmotor“.

Live zugeschaltet waren: **Judith Skudelny MdB**, der Gesamtbetriebsratschef der Daimler AG **Michael Brecht**, der Ex-CEO von VW und Porsche, **Matthias Müller**, der Ex-Motorsportchef von Mercedes, **Norbert Haug** und der Institutsleiter für Kolbenmaschinen am Karlsruher Institut für Technologie, **Prof. Dr. Thomas Koch**. Anderthalb Stunden wurde die Diskussion auf vier verschiedenen Kanälen live gestreamt, moderiert vom TV-Journalisten **Philipp Sohmer**.

Alle Teilnehmer plädierten für Technologieoffenheit. Thomas Koch sprach sich dafür aus, dass alle Lösungsoptionen für den klimaneutralen Verkehr, die zur Erreichung der Klimaziele beitragen können, erlaubt sein müssen. Dazu ge-

Zaubertrank für den Dieseltank

Synthetische Kraftstoffe können Verbrennungsautos klimaneutral machen und Jobs sichern – doch die Widerstände sind groß

tische Kraftstoffe werden im Gegensatz zu Benzin und Diesel nicht aus Erdöl, sondern aus erneuerbarem Strom und CO_2 gewonnen. Sie

ersteller drücken machtvoll
zeuge in den Markt, während die
ngungen für klimaneutrale Diesel
enziner lahmen. Sie passen nicht
ins Konzept.

AUS KÖSTER

ART. Der Stuttgarter Bosch-Konzern
ieles bekannt, aber nicht für Panik-
Doch nun läutet selbst er die Alarm-
„Wir können Strukturwandel“,
we Gackstatter, Chef der Bosch-An-
arte, vor wenigen Wochen in Stutt-
ber das, was jetzt gefordert wird,
Tausende von Arbeitsplätzen und
nd. Und deshalb müssen wir als
hmen die Stimme erheben und sa-
be Politik, wir steuern in die völlig
ichtung.“
ist Bosch zu einem weltweit füh-
nbieter für Elektromobilität aufge-
Doch der Konzern hält es für grund-
enn Politik und Industrie einseitig
ng E-Auto steuern und die Mög-
bestehender Technologien unter-
Es gehe nicht nur um alternative
sondern auch darum, den Verbren-
or selbst CO_2-neutral zu machen,
osch-Chef Volkmar Denner un-
Schließlich sei die Hälfte aller
die 2030 auf den Straßen fahren
eute schon verkauft. „Und die
iben einen Verbrennungsmotor.“
e Kraftstoffe hätten einen sofor-
a-Einfluss auf die große Anzahl
ndsfahrzeuge.
e berichten, sogenannte E-Fuels
adezu ein Zaubertrank für Die-
iner sein. Das Auto stößt im Be-
eiter CO_2 aus, doch dieses wurde
mosphäre entzogen. Zusammen
toff und erneuerbarer Energie
araus Kraftstoffe, deren Ver-
s Weltklima unter dem Strich
belastet, weil das CO_2 wie in
lossenen Kreislauf zirkuliert.

Sie könnten schon jetzt weltweit über eine Milliarde Autos, Lastwagen, Motorräder, Schiffe, möglicherweise auch Flugzeuge klimafreundlich machen.

Nachhaltig wären solche Kraftstoffe nicht nur für die Umwelt, sondern auch für den Industriestandort Deutschland und seine Jobs. Sie können neben dem Elektroauto auch dem Auto mit Verbrennungsmotor längerfristig eine Existenzberechtigung verschaffen, für dessen Fertigung weitaus mehr menschliche Arbeit notwendig ist als für die Produktion eines E-Autos.

Doch alternative Kraftstoffe haben in der Politik einen schweren Stand. Die EU misst die Einhaltung ihrer strengen CO_2-Grenzwerte nicht anhand der Klimawirkung, sondern blickt nur auf die CO_2-Emissionen des Fahrzeugs. Das Elektroauto wir
frei behandelt, obwohl es mit ei
Anteil Kohlestrom fährt. Umgekel
synthetische Kraftstoffe behand
ren sie aus Rohöl hergestellt. Dar
die Industrie jeder Anreiz, in der
tion einzusteigen, sagt Nils Alda
E-Fuel-Herstellers Sunfire. Eine
Ein klimaneutrales E-Auto m
strom fahren. Angesichts von P
Bürger gegen Windräder und S
gen werde es aber schwierig
Deutschland genügend herzust
transportieren, erklärt Denner
Strom stattdessen etwa aus de
chen Nordafrika, müsse er ma
gen chemisch umgewandelt, n
land gebracht und hier in Stro
wandelt werden. Paradox: Der
Auto kommt dann womöglich
chen E-Fuels, die auch der
Diesel braucht. Am Ende dies
Energieeffizienz beider Tech
gleichbar, so Denner.
Seit Jahren fordert die deut
den Klimavorteil der E-Fuels
nung der Grenzwert-Einhalt
sichtigen. Vor allem das Bur
nisterium aber ist skeptisch
habe sich schon immer dage
chen, erklärt ein Sprecher. I
„Ambitionsniveau“ und da
samkeit der CO_2-Regulierun
Auch die Branche selbst
schen den Eindruck, sie vert
rung nur noch halbherzig. In
nahme vom Februar, die
vorliegt, erklärt der Branch
zwar weiter, E-Fuels ergänz
lität „etwa in der Schwerl
streckenmobilität“. Doch d
rechnung, das man zuvor
forderung“ bezeichnet hat
tarlos entfallen.
Vor allem Branchenführ
rauf, alles auf die Batteri
auch mit dem Ziel, den Di
streifen. Ein ranghoher T
ger berichtet, in Arbeits

„Es macht einen Unterschied, ob ein Unternehmen aufs falsche Pferd setzt oder ob der Staat alle zwingt, in die gleiche Richtung zu marschieren.“

Judith Skudelny
Umweltexpertin
der FDP

Foto: dpa/
Sebastian Gollnow

Zeitungsartikel aus den Stuttgarter Nachrichten
zu unserer Online-Diskussion

v.l.o.n.r.u. Matthias Müller (Ex-CEO von VW und Porsche), Prof. Dr. Thomas Koch (KIT), Michael Brecht (Gesamt-Betriebsratschef Daimler AG), Philipp Sohmer (TV-Journalist), Norbert Haug (Ex-Motorsportchef Mercedes) und Judith Skudelny MdB

hörten auch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren. Beim Einsatz CO_2-armer Kraftstoffe spiele der „Verbrenner" im Hinblick auf die CO_2-Reduktion im Spitzenfeld mit. Wenn man E-Fuels aus sonnen- und windreichen Regionen importieren würde, wären sie bezahlbar und man würde damit eine wirtschaftliche Perspektive in strukturschwachen Gegenden der Welt schaffen.

Norbert Haug stellte die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt: „Wir haben Tankstellen, die Zapfsäulen und die Verbrennungsmotoren, das alles könnte im Sinne der Nachhaltigkeit erhalten bleiben". Wer die Pariser Klimaziele halten wolle, der müsse in Richtung synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff gehen, „zusätzlich zu batterieelektrischen Fahrzeugen", so Haug. Der moderne Diesel, insbesondere wenn er mit grünen E-Fuels betrieben werde, stünde den batterieelektrischen Fahrzeugen in Nichts nach. Letztlich mache es die Mischung und der Wettbewerb der verschiedenen Technologien.

Judith Skudelny MdB kritisierte den einseitigen Fokus auf die Elektromobilität mit entsprechenden Vorgaben aus der Politik. So sei beispielsweise eine Richtlinie der EU zur Zulassung synthetischer Kraftstoffe in Deutschland nicht umgesetzt. Gerade diese könnte aber einen großen Beitrag leisten, um die künftigen CO_2-Ziele zu erreichen und den Klimaschutz zu verbessern. „Meine Überzeugung ist, wenn wir Klimaschutz durchsetzen wollen, funktioniert das nur technologieoffen und im Wettbewerb der Ideen", so Skudelny.

Daimler-Betriebsratschef Michael Brecht machte deutlich, dass in vielen Segmenten des Verkehrs künftig kein Weg an E-Fuels vorbeiführe. Als Arbeitnehmervertreter betrachte auch er die starke Fokussierung auf die Elektromobilität mit Sorge. Der Bau von Elektroautos führe zu deutlich geringeren Beschäftigungszahlen bei Automobilherstellern und Zulieferern. In Zeiten von Corona müsse dem Erhalt von Arbeitsplätzen ohnehin eine höhere Bedeutung zukommen. Brecht: „Die eigentliche Krise wird erst in einigen Monaten richtig spürbar sein." Schon jetzt höre er von vielen mittelständischen Betrieben, die um ihre Existenz bangten.

Für Matthias Müller liegen die Vorteile von E-Fuels auf der Hand. Es fehlten aber leider die industriellen Investitionen aufgrund der unklaren rechtlichen Rahmenbedingungen. Der ehemalige Porsche- und VW-Chef forderte die Mineralölindustrie auf, sich deutlich zu synthetischen Kraftstoffen zu bekennen.

Aus Sicht des Kunden müsse es eine Wahlmöglichkeit geben, forderte Müller. „Wenn der Diesel heute verdammt wird, dann frage ich mich, was ein moderner Diesel mit dem vor fünf oder zehn Jahren zu tun hat. Heute ist dies ein moderner Antrieb, der auch zur Erfüllung der Klimaziele beitragen kann." Aufgrund der mangelhaften Ladeinfrastruktur sei die E-Mobilität auch in den nächsten Jahren effektiv keine Lösung: „An dieser Stelle habe ich erhebliche Zweifel. Wer soll denn ein E-Auto kaufen, wenn er keine Lademöglichkeiten vorfindet."

Die Aufzeichnung der Diskussion ist weiterhin auf der Internetseite der FDP Stuttgart unter www.fdp-stuttgart.de und auf Facebook verfügbar.

FDP Stuttgart verzichtet auf eigene OB-Kandidatur

Dr. Jan Havlik
Stv. Kreisvorsitzender
und Pressesprecher

Bei den Wahlen zum Oberbürgermeister in Stuttgart im kommenden November werden die Freien Demokraten vor Ort keinen eigenen Kandidaten und keine eigene Kandidatin ins Rennen schicken. Die Stuttgarter Liberalen hatten sich in den vergangenen Monaten intensiv mit einer eigenen Findungskommission auf die Suche begeben, so der Kreisvorsitzende **Armin Serwani**: „Wir haben mit einer ganzen Reihe von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus Stuttgart und dem Land zum Teil lange Gespräche geführt“, berichtet er, „mögliche Kandidatinnen und Kandidaten haben sich allerdings für die Fortsetzung Ihrer derzeitigen Laufbahn entschieden und nach reiflicher Überlegung auf eine Kandidatur verzichtet.“

„Das bisherige Kandidatentableau ist interessant und wir hoffen, dass wir damit einen auch thematisch spannenden und fairen Wahlkampf in der Landeshauptstadt bekommen“, so Serwani. Der Stuttgarter Kreisverband wird nun anderen Kandidatinnen und Kandidaten zur OB-Wahl die Gelegenheit zur Vorstellung bei der FDP geben. Anschließend werden die Freien Demokraten über Art und Zeitpunkt einer Unterstützung entscheiden.

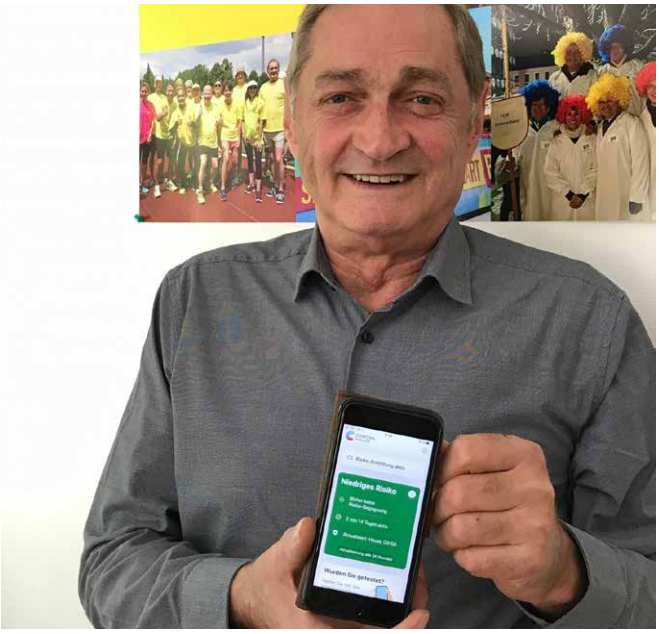
Kampf gegen Corona

Barba Zimmermann
Kreisgeschäftsführerin

Die lang versprochene Corona-Warn-App ist da! Sie ist zwar kein Allheilmittel, aber damit können wir alle dabei helfen, die Ausbreitung des Virus zu verhindern.

Je mehr Menschen sich beteiligen, desto zuverlässiger funktioniert die App. „Es ist in unser aller Interesse, die Krise so schnell wie möglich zu überwinden und zur Normalität zurückzukehren. Lasst uns deshalb alle einen freiwilligen Beitrag zur Viruseindämmung leisten“, sagt unser Kreisvorsitzender **Armin Serwani** und lädt zur Nachahmung ein.

Mehr Infos:
www.bundesregierung.de/breg-de/themen/corona-warn-app



Cannstatter Wasen nicht schon jetzt verloren geben

Armin Serwani
Kreisvorsitzender
der FDP Stuttgart

Die Stuttgarter FDP fordert angesichts der Absage des Cannstatter Wasens aufgrund der Corona-Situation eine Perspektive für die betroffenen Schausteller. Der Kreisvorsitzende der Freien Demokraten, **Armin Serwani**, sagt dazu: „Infektionsschutz muss immer im Mittelpunkt stehen und es ist allen vollkommen klar, dass dies auf das Festgeschehen des Cannstatter Wasens deutliche Auswirkungen haben wird. Gerade jetzt dürfen wir die Schausteller nicht im Stich lassen. An der Absage von Volksfesten hängen Existenzen, das vergessen wir nicht. Die weiteren Entwicklungen der Pandemie kann momentan niemand voraussagen. Das gilt für die guten und schlechten Möglichkeiten. Wir hören von Schaustellern, dass sie zu allen Anpassungen bereit sind. Wir als Freie Demokraten geben den Cannstatter Wasen und seine dort Tätigen noch nicht ganz verloren. Wir erwarten von den zuständigen Behörden, dass sie die Entscheidung über die Genehmigung des Volksfests und mögliche Bedingungen im Dialog mit den Schaustellern permanent und bis zum letztmöglichen Zeitpunkt an die Realität der Pandemieentwicklung anpassen."

Auch die Stuttgarter Landtagsabgeordnete **Gabriele Reich-Gutjahr** MdL fordert die Behörden auf, mit den Schaustellern in Kontakt zu bleiben und auf Grundlage der sich ändernden Anforderungen und Bedingungen zu schauen, was möglich ist und unter welchen Bedingungen: „Nachbesserungen müssen möglich sein. Denn durch die Absage des Cannstatter Wasens wird besonders deutlich, dass Insolvenzen und empfindliche Umsatzeinbußen drohen, auch im Hotel- und Gaststättengewerbe in der Region Stuttgart.", so Reich-Gutjahr. Die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg, **Judith Skudelny** MdB, erwartet eine Erklärung vom Bund und Land, wie sie den betroffenen Menschen helfen wird: „Mit den Schaustellern und von Volksfesten lebenden Gastronomen steht eine ganze Berufsgruppe unmittelbar vor dem finanziellen Ruin. Schon die Absagen der Frühlingsfeste führen zu massiven Umsatzausfällen. Eine Branche mit 36.500 Vollzeit-Angestellten, deren Inhalt es schon immer war den Menschen Freude zu bringen, darf nicht einfach verschwinden."

Inzwischen haben die Stuttgarter Schaustellerinnen und Schausteller ein Konzept für einen temporären Freizeitpark auf dem Cannstatter Wasen erarbeitet. Die FDP-Gemeinderatsfraktion hat gemeinsam mit der SPD und den Freien Wählern einen Antrag gestellt und wollen u.a. wissen, ob ein solches Herbstfest möglich ist und wie es ermöglicht werden kann.

Brief von Nico Metz an die Mitglieder

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde
der Stuttgarter Freien Demokraten,

sicher können gerade alle verstehen, dass die Vorsichtsmaßnahmen zur Vermeidung der Corona-Infektion stimmungsvolle Treffen in gemütlicher Atmosphäre unmöglich machen. Für meine Familie, die wir die „Grillmeisterei“ seit vielen Jahren als Gastgeber aus Leidenschaft betreiben, ist das keine einfache Zeit. Unsere vielen Kollegen und wir aus dem Schausteller- und Festwirtsgewerbe wissen, dass Spaß, Zerstreuung und Genuss wichtig sind, für die Menschen selbst und als Wirtschaftsfaktor gleichermaßen. Wir hoffen, dass das die Gesellschaft und Politik auch in diesen schweren Zeiten nicht vergessen.

Es ist sehr bedauerlich, dass der Liberale Wasentreff in diesem Jahr nicht stattfinden kann. Meine Familie, meine Mitarbeiter und mich freut es immer, die Stuttgarter FDP zu Gast zu haben und ich weiß, dass diese Treffen immer sehr stimmungsvoll sind. Nicht zuletzt bieten wir gerne die Gelegenheiten für viele interessante Gespräche in schöner Atmosphäre. Was uns aber allen bleibt, ist die Vorfreude auf die Zeit nach den Beschränkungen. Bis dahin wünsche ich auch im Namen meiner Familie allen gute Gesundheit und wir freuen uns schon jetzt auf den nächsten Liberalen Wasentreff bei uns.

Ihr und Euer
Nico Metz

Liberaler Wasentreff in der „Grillmeisterei“ fällt aus

Armin Serwani
Kreisvorsitzender
der FDP Stuttgart

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Corona-Krise fordert Einschränkungen. Große Festveranstaltungen sind momentan nicht möglich. Wie lange dieser Zustand anhält und unter welchen Bedingungen diese wieder möglich werden, kann jetzt noch niemand sagen. Das Frühlingsfest auf dem Wasen musste bereits ausfallen, das Volksfest im Herbst ist ebenfalls durch die Stadt abgesagt worden. Für die Mitglieder, Freundinnen und Freunde der FDP bedeutet dies leider auch, dass der traditionelle Liberale Wasentreff in der „Grillmeisterei“ bei unserem Gastgeber und Mitglied Nico Metz und seiner Familie ausfallen muss.

Das ist wirklich schade. Für uns Stuttgarter Liberale waren und sind diese Treffen Höhepunkte des Jahres. Dort zeigte sich immer, dass Politik bei uns auch Spaß machen kann. Ich denke, dass ich für uns alle spreche, wenn ich sage, dass wir uns bei ihm und seiner Familie sehr wohl fühlen. Als Freie Demokraten wissen wir, dass die Corona-Krise für ihn, seine Familie und seine Kollegen viel existenzielle Ungewissheit bringt. Wir sehen es als unsere Aufgabe, diese Anliegen und Sorgen politisch deutlich zu machen. Nico Metz, seiner Familie und allen, die den Wasen zum schönen Fest machen, wünschen wir alle und ich ganz persönlich, dass sie den Mut und die Hoffnung nicht verlieren.

Mit allen guten Wünschen
Ihr

Armin Serwani
Kreisvorsitzender

Die Corona-Pandemie als Bewährungsprobe für die EU

Andreas Glück
MdEP

Vor Kurzem habe ich auf dem Weg nach Brüssel seit vielen Jahren wieder die erste Grenzkontrolle innerhalb der Europäischen Union erlebt. Um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, hatten einige EU-Staaten den Grenzverkehr in unterschiedlichem Umfang vorübergehend eingeschränkt. Auch wenn diese Maßnahmen angesichts der Pandemie vielleicht nachvollziehbar sind, zeigte sich für mich der Wert von offenen Binnengrenzen deutlich. Das Gute, das uns die EU bringt, wird oft als selbstverständlich genommen, aber für dieses Gute muss tagtäglich gearbeitet werden. Dieser Aufgabe kommen wir als FDP Delegation im Europäischen Parlament aus voller Überzeugung nach.

Die Corona-Krise stellt die Europäische Union in vielerlei Hinsicht vor eine harte Bewährungsprobe und anfangs hat sie mit ihrer Krisenreaktion nicht gerade geglänzt. Im Gegenteil, einige Mitgliedsstaaten hatten zu Beginn der Krise temporäre Exportstopps für medizinische Ausrüstung wie Atemschutzmasken, Schutzanzüge und -brillen erlassen. Dieser nationale Egoismus wich aber sehr schnell der Erkenntnis, dass wir am besten gemeinsam das Coronavirus und seine Folgen bekämpfen können. Schnell entstand eine beispiellose Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten. Es wurde mit "rescEU-Lagern" ein gemeinsamer Vorrat für medizinische Notfallausrüstung angelegt und der Austausch von Schutzausrüstung, Medikamenten und Medizinprodukten innerhalb der EU war Voraussetzung für die Patientenversorgung in unseren Mitgliedsstaaten. Die Ausweisung von sogenannten „Green Lanes" an den Binnengrenzen stellte den Transport, auch von nichtmedizinischen Gütern, sicher. Und die Tatsache, dass Patientinnen und Patienten über Grenzen hinweg behandelt wurden, hätte auch die Ur-Väter der Europäischen Union gefreut. In dieser Krise wurde deutlich, dass jeder Mitgliedsstaat der EU für sich allein zu klein ist, um einen starken Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie leisten zu können.

Als Flugzeuge mit medizinischen Hilfsgütern aus China oder Russland in der EU landeten, wurde dies groß in den Medien berichtet. Dabei ist dies nur ein Bruchteil dessen, was die EU tagtäglich an tonnenweisen Austausch von Medikamenten, Medizinprodukten und Schutzausrüstung leistet. Bei der internationalen Berichterstattung ignorieren Kritiker häufig die bisherigen EU-Maßnahmen. **Josep Borrell** sprach schon Ende März von einem Kampf um die Narrative und es ist bedenklich, wenn die Desinformationskampagnen aus China und Russland selbst innerhalb der EU Erfolg zu haben scheinen.

70 Jahre nachdem **Robert Schuman** seine Vision von der Europäischen Union vorgestellt hat, steht für Viele nun die Frage im Raum, ob die EU an der Corona-Pandemie scheitern könnte oder ob sie erstarkt aus der Krise hervorgehen wird. In meinen Augen ist ganz klar Letzteres der Fall. Die Europäische Union hat bewiesen, dass sie auch in Krisenzeiten voll funktionsfähig und vor allem auch lernfähig ist. Die Kommission hat sehr schnell umfangreiche Maßnahmen im Bereich des Gesundheitswesens, des Transports und der Wirtschaft in die Wege geleitet. Beeindruckt bin ich von der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten des Parlaments über Parteigrenzen hinweg und von der guten Kommunikation mit der Kommission. Um nur ein Beispiel zu nennen: auf meine Forderung nach einem Moratorium der geplanten Medizinprodukteverordnung (MDR), welche zusätzliche Bürokratie für die Hersteller von Medi-

zinprodukten bedeutet hätte, hatte die Kommission bereits nach zwei Wochen reagiert und sich dieses Vorschlags angenommen. Das Inkrafttreten der MDR wurde nach nur zwei weiteren Wochen mit Zustimmung des Parlaments um ein Jahr verschoben. Zugegeben, manches Mal scheint es etwas chaotisch zuzugehen in unserem Europäischen Parlament, trotzdem – oder vielleicht auch gerade deshalb – ist dieses Parlament agil und kann schnell auf Unvorhergesehenes reagieren. Bei der Wahl des Europäischen Parlaments war das Durchschnittsalter seiner Abgeordneten mit unter 50 Jahren ohnehin vergleichsweise jung. Von dem Spruch aus früherer Zeit „Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa“ kann zumindest heute keineswegs mehr die Rede sein und das Parlament zeigt sich jung, motiviert und dynamisch.

Auch wenn Vieles bereits gut läuft, hat die Krise gezeigt, dass es einige Bereiche gibt, in denen die EU verbessert werden muss. Im Gesundheitsbereich hat die Europäische Union nur eine sogenannte „unterstützende Kompetenz“ und es erscheint gut und richtig, dass ein Großteil der Kompetenzen in der Gesundheitspolitik auch nach wie vor bei den Mitgliedsstaaten bleibt. Aber gerade im Bereich der Hygiene, der Bekämpfung von Pandemien und bei der schnelleren und zugleich patientensicheren Zulassung von Medikamenten wünsche ich mir ein Mehr an Europa. Auch wenn die Maßnahmen in Zeiten von Corona in den Mitgliedsstaaten unterschiedlich ausfallen, bedarf es doch einer einheitlichen statistischen Erhebung von Infektionszahlen. Nur so können wir die unterschiedlichen getroffenen Maßnahmen miteinander vergleichen und voneinander lernen.

Wir brauchen eben nicht überall ein bisschen mehr EU, sondern eine starke EU an den richtigen Stellen.

thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment, sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel

BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Burgstraße 27 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Entlasten, investieren und entfesseln – wirtschaftlicher Neustart nach der Corona-Pandemie!

Judith Skudelny
MdB

Die Covid-19-Pandemie ist eine Herausforderung, die unser Land nahezu unvorbereitet getroffen hat. Um die Ausweitung der Pandemie zu stoppen, wurde das gesellschaftliche, öffentliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland massiv heruntergefahren. Die FDP-Bundestagsfraktion hat viele der Maßnahmen mitgetragen, weil unser nationales Gesundheitssystem Gefahr lief, überlastet zu werden. Die Maßnahmen haben Wirkung gezeigt. Die Zahlen der Neuinfektionen haben sich drastisch reduziert, manche Bundesländer sind praktisch Covid-19-frei. Somit hat sich die Lage verändert. Ein Alarmzustand mit nationaler Auswirkung liegt nicht mehr vor, der Gesundheitsaspekt steht nicht länger ausschließlich im Fokus. Daher hat die FDP-Bundestagsfraktion die Bundesregierung aufgefordert, die Sonderkompetenzen, die dem Bund zum Krisenmanagement übertragen wurden, wieder aufzuheben. Regionale Regelungen sollten nun im Vordergrund stehen, um der individuellen Gefahrenlage vor Ort zu begegnen.

Es ist überfällig, dass wir uns mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und vor allem des sogenannten Lock-Down beschäftigen. Unsere Wirtschaft muss wieder zum Leben erweckt werden; wir müssen Millionen von Arbeitsplätzen und Existenzen bewahren. Die Große Koalition hat dazu im Juni ein zusätzliches Konjunkturpaket beschlossen. Mit dem von Finanzminister Scholz geplanten zweiten Nachtragshaushalt würde sich die Neuverschuldung in diesem Jahr auf rund 218,5 Milliarden Euro belaufen. Zum Vergleich: Bei der Finanzkrise 2010 betrug die Neuverschuldung gerade einmal 44 Milliarden Euro. Ein wirklicher Skandal ist, dass die Bundesregierung trotz der hohen Neuverschuldung bestehende Rücklagen im Haushalt nicht nutzt. Diese werden weiterhin als Rücklagen für das Jahr 2021 erhalten, um im Wahlkampfjahr noch teure Wahlgeschenke zu erlauben. Die Zeche dafür werden unsere Kinder und Enkelkinder zahlen müssen.

Das Volumen des Konjunkturpakets entspricht grundsätzlich der zu erwartenden wirtschaftlichen Dramatik. Bei der Ausgestaltung gibt es positive Aspekte, jedoch auch zahlreiche kritische. Die zeitlich begrenzte Mehrwertsteuersenkung zielt auf einen Vorzieheffekt für Investitionen. Ohnehin geplante Investitionen sollen noch 2020 erfolgen, um die für das dritte Quartal 2020 prognostizierte schwere Wirtschaftskrise abzumildern. Ob dieser Effekt tatsächlich eintritt oder ob der positive Effekt nicht durch die dadurch entstehende Bürokratie wieder „geschluckt“ wird, steht in den Sternen. Auch ist das Ziel der Mehrwertsteuersenkung zwischen den Regierungspartnern nicht geklärt. Während CDU/CSU darauf hinweisen, dass die Preise für Verbraucher gleich bleiben sollen, um die Firmen zu stärken, fordert die SPD die Firmen auf, die Senkung der Mehrwertsteuer unmittelbar an die Verbraucher weiterzugeben.

Dies ist nur ein Beispiel aus dem gut gemeinten, aber weniger gut gemachten Konjunkturpaket der Bundesregierung. Mehr dazu finden Sie in einem Gast-Kommentar meines Kollegen **Otto Fricke** (www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-otto-fricke-fdp-scholz-schuldenmachen-gleicht-mitternaechtlichen-fress-attacken-am-kuehlschrank_id_12109445.html).

Anders als die Bundesregierung setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion für staatliche Investitionen und Förderprogramme ein, die auch tatsächlich Wirkung für die Kon-

junktur entfalten, sowie für steuerliche Entlastungen, die wirklich bei allen Adressaten ankommen. Eben ein wirtschaftlicher Dreiklang aus entlasten, investieren und entfesseln:

Entlasten

Deutschland braucht wachstumsfreundliche Steuerreformen. Anstatt über Kaufprämien und Gutscheine einzelne Branchen zu unterstützen, müssen wir die Arbeitsplätze der arbeitenden Mitte sichern und ihre Kaufkraft stärken. Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag wollen der eingebrochenen Konjunktur mit einem rund 73 Milliarden Euro schweren Entlastungsprogramm für die privaten Haushalte begegnen. Rückwirkend zum 1. Januar 2020 wollen wir den Solidaritätszuschlag abschaffen – und zwar für alle! Darüber hinaus setzt sich die FDP-Bundestagsfraktion dafür ein, den sogenannten Mittelstandsbauch zu beseitigen, indem wir den Eckwert, also die Grenze für den Spitzensteuersatz, bei der Einkommenssteuer nach oben verschieben. Das bringt der Mittelschicht mehr netto in die Taschen.

Für die Unternehmen kann Liquidität nach unserer Auffassung am schnellsten durch Verlustrückträge über eine negative Gewinnsteuer hergestellt werden. Die Finanzämter können Steuervorauszahlungen zurückerstatten und Steuergutschriften überweisen. Nach Jahresablauf kann der Verlust dieses Jahres über eine Abrechnung mit den Gewinnen des letzten Jahres verrechnet werden. Dies hat den Vorteil, dass bürokratisches Antrags- und Bewilligungsverfahren entfallen.

Investieren

Das notwendige Wachstum lässt sich nur mit Investitionen anstoßen. Staatliche Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip und Subventionen ohne effektive Innovations- oder Anschubwirkung müssen gestrichen werden. Durch bürokratiearme Gigabit-Gutscheine für Haushalte und Unternehmen wollen wir den Glasfaserausbau massiv beschleunigen. Funklöcher wollen wir mit Lückenschluss-Aktionen schnell und wirtschaftlich schließen. Hierbei erhält der Anbieter den Zuschlag, der mit den geringsten Zuschüssen für den Ausbau auskommt. Natürlich wollen wir auch die digitale Transformation der Verwaltung und des Bildungswesens vorantreiben. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie wichtig Online-Kurse mit guten Inhalten, geschultem Lehrpersonal und Zugang zu mobilen Endgeräten für alle sind.

Entfesseln

Es gilt, die Wirtschafts- und Innovationskraft der deutschen Unternehmen freizusetzen. Der Staat muss der Versuchung widerstehen, sich über die Corona-Hilfen in die Arbeit vieler Unternehmen einzumischen. Auch in der Krise gilt: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Es ist vielmehr die Aufgabe der Politik, den Unternehmen durch Bürokratieabbau den Weg freizumachen. Wir Freie Demokraten wissen auch um die Bedeutung des EU-Binnenmarkts für unseren Wohlstand. Unterbrochene Lieferketten müssen wir schnellstmöglich wieder herstellen

Mit diesen drei Schwerpunkten stellt die FDP-Bundestagsfraktion die Bundesrepublik auf ein solides wirtschaftliches Fundament. So meistert Deutschland den Neustart nach der Corona-Krise.

Wichtig, damit diese Schritte auch Wirkung zeigen, ist jedoch, dass der Lock-Down, wie von uns beantragt, beendet wird und wir zu einem neuen Alltag im Umgang mit Corona kommen. Ein wichtiger Schritt hierzu ist die von der Bundesregierung am 16. Juni 2020 zur Verfügung gestellte Corona-Warn-App. Die FDP im Bundestag hat bei der Entwicklung der App frühzeitig auf absoluten Datenschutz Wert gelegt. So wurde das Projekt zweifach verschoben, da die Ideen des Gesundheitsministers zu einem gläsernen Bürger geführt hätten. In dieser Situation war es wichtig, die Weisheit von **Benjamin Franklin** zu beachten: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren“. Genau das verhindert die jetzt vorliegende App. Daten werden nicht zentral gespeichert, der Datenschutz wird vollständig gewahrt. Dennoch hat das Programm auch Nachteile – mindestens 20 % der aktuell benutzten Mobilfunkgeräte sind technisch nicht mit der App kompatibel. Gerade auch ältere Menschen verfügen oft nicht über die technische Ausrüstung und das technische Know-how, die für die Anwendung notwendig sind. Und nicht zuletzt werden Bedenken laut, dass die Nutzung der App als Voraussetzung für die Nutzung bestimmter Dienstleistungen herhalten könnte. Ähnlich wie beim Immunitätsnachweis darf die App nicht dazu dienen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte nur eingeschränkt ausüben dürfen. Dies würde zu einer Zweiklassengesellschaft aus Geimpften und Immunisierten auf der einen und Nicht-Geimpften und Nicht-Immunisierten auf der anderen Seite führen. Es kann nicht sein, dass die Teilnahme am öffentlichen Leben, die Nutzung des ÖPNV, der Besuch eines Gottesdiensts oder gar das Betreten eines Werksgeländes nur nach Nachweis der Impfung oder Immunisierung gegen das Corona-Virus oder eben Vorzeigen der App zulässig werden!

Richtig angewandt ist die App jedoch ein richtiger und wichtiger Schritt hin zu einer neuen Normalität. Sie gibt die Möglichkeit, Infektionsherde und -wege schnell nachzuvollziehen, gezielt zu agieren und so Freiheiten wieder zu erlauben. Auch im Falle einer möglichen „zweiten Welle“.

Mitwirkung und Sicherung der künftigen Mitwirkung des Landtags von Baden-Württemberg

Gabriele Reich-Gutjahr
MdL

Die Pandemie – die Corona-Krise – traf uns alle vehement, wenn auch nicht ganz überraschend. **Michael Theurer**, stv. Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg, hatte bereits sehr früh auf die Brisanz der Corona-bedingten Situation verwiesen. Am 14. Februar, also lange, ehe die Bundesregierung krisenpräventiv in Erscheinung trat, forderte er einen Krisengipfel von Bundeswirtschaftsminister Altmaier, der – auch das ist bezeichnend – noch Anfang März einräumen musste, keinen Notfallplan zu besitzen.

Als Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion möchte ich Sie teilhaben lassen an einigen der markantesten Schritte und Episoden im baden-württembergischen Landtag in der Corona-Krise und wie wir als Opposition unsere Mitwirkungsrechte eingefordert haben.

Wirtschaftsausschuss am 18. März 2020: Ein Novum im baden-württembergischen Landtag – die ‚digitale Hybridsitzung'

Einen ersten Eindruck der kommenden Machtverschiebungen im Parlamentsbetrieb bildete die Diskussion über die Notwendigkeit der Durchführung der Wirtschaftsausschusssitzung am 18. März 2020, die auch eine öffentliche Anhörung zur „Blauen Broschüre" beinhaltete. Gegen den massiven Widerstand von CDU und Grünen setzte mein Fraktionskollege **Dr. Erik Schweickert**, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, die erste digitale Ausschusssitzung im Landtag von Baden-Württemberg durch. Die für die Anhörung eingeladenen Verbände nahmen ebenfalls per Videokonferenz teil. Bedauerlich, dass das Wirtschaftsministerium selbst nur per Telefon teilnahm. Das Programm „Wohnungsbau BW 2020/2021" im Umfang von 250 Millionen Euro war Gegenstand der Diskussion und wurde am Ende der Sitzung auf den Weg gebracht. „Gerade in Krisenzeiten kommt der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum eine Schlüsselrolle zu. Der intensive Austausch im Ausschuss ist deshalb auch am heutigen Tag richtig und wichtig gewesen", betonte der Ausschussvorsitzende am Ende der Sitzung.

Die in dieser digitalen Sitzung gemachten Erfahrungen und alle daraus resultierenden Verbesserungsvorschläge bildeten die Grundlage für die ‚digitale Zukunft der Arbeit des Landtags und seiner Ausschüsse'. Die FDP/DVP setzte damit ein unmissverständliches Zeichen, dass Corona nicht dazu führen darf, die parlamentarische Arbeit einzustellen. Die Arbeits- und Beschlussfähigkeit der Ausschüsse kann auch ohne bzw. mit teilweiser physischer Präsenz sichergestellt werden. Abstimmungen erfolgen mit Namensaufruf, wobei Stimmabgabe nur bei optischer Präsenz per Video zulässig ist; telefonische Abstimmung ist nicht möglich.

Dann begann der Shutdown … Nur einen Tag später, am 19. März 2020, wurden der gemeinsam von den Fraktionen GRÜNE, CDU, SPD und FDP/DVP eingebrachte Gesetzesentwurf zur Feststellung einer Naturkatastrophe, der Höhe der Ausnahmekomponente und zur Festlegung eines Tilgungsplans nach § 18 Absatz 6 der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg – Drucksache 16/7909 – im Parlament verabschiedet. In der damit verbundenen Landtagsdebatte betonte **Dr. Rülke** für die FDP/DVP-Fraktion, dass sie – angesichts der Corona-Krise – finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen mittrage, um die gefährdete Wirtschaft des Landes zu unterstützen und zu schützen. „Es muss", betonte Rülke in seiner Rede, „alles dafür getan werden, dass die

Wirtschaft in unserem Land nicht abstürzt“. Besonders betroffene Branchen, wie beispielsweise Gastronomie, Schausteller, Messebau, Handel und Solo-Selbständige, benötigten rasche und unbürokratische Hilfe, um nicht in einen Insolvenzstrudel zu geraten. Dazu sei es jetzt das Gebot der Stunde, dass die schnelle finanzielle Hilfe auf langwierige vorgelagerte Prüfverfahren verzichten könne. Rülkes Appell: „Jetzt darf keine Zeit verloren werden“ war mit der expliziten Forderung an das Wirtschaftsministerium verbunden, ein rasches, einfaches Antragsverfahren zu entwickeln und das Angebot der IHK anzunehmen, bei der Abwicklung zu unterstützen.

Der letzte Akt des Landtags, ehe weitere Plenarsitzungen aus Infektionsgründen abgesagt wurden, war die Freigabe einer ‚Kreditlinie durch Verschuldung‘ über fünf Milliarden Euro verbunden mit einem Tilgungsplan von je 500 Millionen Euro in den Jahren 2024 bis 2033. Ab jetzt konnte die Regierung per Verordnung agieren, ohne vorherige Einbindung des Parlaments.

Nach dem 19. März tagten vorübergehend nur noch die Ausschüsse online. Insbesondere der Wirtschaftsausschuss war häufiger als sonst gefordert. So debattierte er am 2. April, in teilweise öffentlicher Sitzung, die Ausgestaltung der Corona-Hilfsmaßnahmen für Betriebe. Die Sondersitzung zu „Maßnahmen und deren Ausgestaltung für Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg anlässlich der Corona-Krise“ war auf Antrag der Fraktionen SPD und FDP/DVP einberufen worden. „Auch in der derzeitigen Krisensituation ist es nötig, dass das Parlament in die Entscheidungen eingebunden wird und seine Kontrollpflicht der Regierung gegenüber wahrnehmen kann“, begründete Dr. Schweickert die Ansetzung der Ausschusssitzung. Weitere Sitzungen folgten, um höheren Kreditlinien für die L-Bank freizugeben, höhere Rückbürgschaften für KfW Sofortkredite oder Zuschüsse für die Entwicklung besonderer Corona-Testmethoden zu genehmigen.

Die Verordnungen der Regierung wurden oft mit heißer Nadel gestrickt. Zahlreiche Nachbesserungen forderten wir seitens der Fraktion schriftlich bei den Ministerien ein. Diese alle aufzuführen, würde den Rahmen hier sprengen.

Endlich! Am 29. April war dann wieder Plenum und Aussprache ...

In der ersten Debatte nach langer ‚Zwangsplenarpause‘ kritisierte Hans-Ulrich Rülke Ministerpräsident Kretschmann für seinen „Schlingerkurs“ in der Corona-Krise. Die Entscheidungen der Landesregierung seien zunehmend fehlerhaft und widersprüchlich. Überdies fehle ein klarer Kurs in der Frage, wie **Winfried Kretschmann** gedenke, den Menschen ihre Freiheitsrechte zurückzugeben und wie der Wiederaufbau der Wirtschaft des Landes geschehen solle.

„Wer die Freiheit nimmt, muss dies begründen, nicht der die Freiheit fordert“, erinnerte Rülke den Ministerpräsidenten an ein Zitat des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, **Hans-Jürgen Papier**. Begründungspflichtig im freiheitlichen Verfassungsstaat sind immer jene, die die Rechte einschränken. Es sei, betonte Rülke, klar gewesen, dass die Pandemie beherrscht werden und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, um die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzumildern. Die Regierung sei jedoch eine nachvollziehbare Erklärung für ihre Politik und eine Antwort auf die Frage, wann und unter welchen Voraussetzungen es wieder zur Rückgabe der Freiheitsrechte und zu einem Wiederhochfahren der Wirtschaft komme, schuldig geblieben.

So sei es beispielsweise grotesk, welches Bild die Landesregierung im Umgang mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe abgebe, kritisierte Rülke. Während der zuständige Minister Guido Wolf eine Öffnungsstrategie fordere und einen Hilfsfonds ankündige, stehe der grüne Teil der Regierung auf der Bremse. Rülke mahnte, bei diesem Fonds nicht das Schaustellergewerbe und den Messebau zu vergessen, die unter ähnlich fatalen Konsequenzen litten.

Auch im Sportbereich bleibe vieles konfus. Weshalb man über die Fortsetzung der Kontaktsportart Fußball in der Bundesliga spreche, nicht aber über Freizeitsportler im Be- →

reich von Leichtathletik, Reiten, Golf, Segeln oder Tennis, sei nicht nachvollziehbar.

Die meisten Kinder bis nach Pfingsten nicht in die Schule bzw. die Kitas lassen zu wollen, sei kaum zu erklären. In Berlin würden die Spielplätze geöffnet und in den Niederlanden die Schulen und Kitas, weil sich die Überzeugung durchsetze, dass von Kindern eine geringe Ansteckungsfähigkeit ausgehe. „Es wird auch höchste Zeit, die anderen Teile der Regierung wieder der Kontrolle des Parlaments zu unterstellen", forderte Rülke.

So schotte Gesundheits- und Sozialminister **Manfred Lucha** alte Leute in Heimen ab und untersage Zahnärzten die Berufsausübung nur auf Verordnungsbasis. Innenminister **Thomas Strobl** unternehme gar den Versuch, die Gemeindeordnung allein auf Verordnungsbasis zu ändern. Im Wirtschaftsministerium habe es in dieser Krise eine Fülle von Korrekturen gegeben, die durch Fehler der Regierung entstanden seien, bis jene Gerichtsentscheidung nötig wurde, die die absurde 800-Quadratmeter-Regelung im Einzelhandel gekippt habe.

Dem Land, das war für uns Freie Liberale unübersehbar, fehlte ein klarer Fahrplan, wie die Gesellschaft wieder in Schwung gebracht werden sollte – dem Land fehlte eine Öffnungsstrategie.

Zentrale Forderungen der FDP/DVP Fraktion

In meiner Rede am 7. Mai war mir wichtig aufzuzeigen, wie beweglich unsere Gesellschaft ist, wenn es sein muss. Viele Menschen in der Gesellschaft sind in dieser Coronazeit Helden geworden. Sie haben neue Wege gefunden, Themen anzugehen, haben sich mit digitalen Hilfsmitteln vertraut gemacht, haben alte Gewohnheiten über Bord geworfen, um handlungsfähig zu bleiben.

Wenn wir jetzt nach vorn schauen, dann sollten wir gemeinsam auf diesen neuen Erfahrungen aufbauen, Unnötiges über Bord werfen und neue Erkenntnisse in die Zukunft tragen. Ich möchte einige Beispiele dazu nennen, was jetzt an der Zeit ist, endlich angegangen zu werden. Wir müssen die Bürokratie abbauen und Vorschriften ausmisten, wir müssen dezentrales Arbeiten – was ich besser finde als das Wort Homeoffice – sinnvoll ausgestalten. Das müssen aber die Unternehmer mit ihren Mitarbeitern tun und nicht der Staat. Wir müssen die digitale Basis stärken. Bei der Infrastruktur – Ausstattung in Schulen, Staat und Unternehmen – ist noch viel zu tun. Das Arbeitszeitgesetz muss endlich den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Wir brauchen mehr Geschwindigkeit bei Entscheidungen, z. B. beim Genehmigen von Bauvorhaben. Wir brauchen einen Staat, der sich als Dienstleister versteht und der hilft, Ideen und Investitionen zügig voranzubringen, und wir brauchen z. B. auch Flexibilität bei verkaufsoffenen Sonntagen.

Plädoyer für die Öffnung der Kinderbetreuung

Dr. Timm Kern, der bildungspolitische Sprecher unsere Fraktion, hielt ein energisches Plädoyer für die Öffnung der Kinderbetreuung. Die FDP/DVP Fraktion ermahnte die Kultusministerin, endlich auf die Kommunen und freien Träger zur Vereinbarung eines Stufenplans für die Öffnung der Kinderbetreuung zuzugehen: im Interesse der Eltern, die Beruf und Betreuung vereinbaren müssen, und mehr noch im Interesse der Kinder, die den Kontakt zu anderen Kindern schmerzlich entbehren.

Digitale Ratssitzungen? Status quo und notwendige Änderungen

Was nun die geplanten Änderungen der Gemeindeordnung betrifft, ohne die es keine digitalen Ratssitzungen geben kann, forderte mein Kollege **Prof. Dr. Ulrich Goll** wesentliche Korrekturen an Innenminister Strobls Gesetzentwurf. Strobl sei mit seinem Gesetzentwurf zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber gewiss kein großer Wurf gelungen.

Die Handlungsfähigkeit der Gemeinden tatsächlich zu verbessern, setze eine gute Internetanbindung der Gemeinden voraus. Vielerorts seien digitale Sitzungen jedoch illusorisch, da die notwendige Infrastruktur nicht existiere. Um auch in solchen Fällen eine unkomplizierte Sitzungsteilnahme zu gewährleisten, wäre das Telefon fraglos eine gute Alternative. Brandenburg beispielsweise habe die Möglichkeit bereits geschaffen.

Dem Infektionsschutz widerspreche es zudem, wenn Gemeinderäte in sicherer Distanz online tagten, derweil interessierte Bürger die Sitzungen nur gemeinsam, in einem Raum, nachverfolgen könnten, wie es der Gesetzesentwurf vorsieht. In der Zeit der Corona-Pandemie sollten nicht nur die Sitzungen digital sein, sondern auch deren Übertragung.

Das Parlament – ein unverzichtbares ‚Korrektiv' für die Regierung

Es wurde deutlich, was es heißt per Verordnung zu regieren. Natürlich sind in der Krise schnelle Entscheidungen das Gebot der Stunde. Es ist die Stunde der Regierenden.

Ohne das wesentliche Korrektiv unserer parlamentarischen Demokratie gewinnen Regierungen jedoch eine Dominanz, die binnen kurzer Zeit erhebliche Verwerfungen provozieren können. Nach dem ersten großen und denkwürdigen Auftakt unseres Plenums am 29. April, folgten weitere Plenarta-

Quelle: Landtag von Baden-Württemberg

ge, die jedoch längst nicht der Bedeutung gerecht wurde, die dem Parlament verfassungsgemäß zukommen sollte.

Plenum am 6. Mai – Tiefpunkt der Missachtung des Landtags

Ein Tiefpunkt der Missachtung des Landtags bildete das Plenum am 6. Mai, dem Ministerpräsident Kretschmann nicht beiwohnte, da er an der Video-Abstimmungsrunde der Ministerpräsidentinnen/-präsidenten mit Bundeskanzlerin **Merkel** teilnahm.

Was jedoch den Zorn der Opposition hervorrief, ist die Dreistigkeit, mit der er am gleichen Tag für 15 Uhr eine Pressekonferenz anberaumte, um Ergebnisse dieser Runde publik zu machen. Ohne uns Parlamentarier zu informieren, ohne sich vor dem Landtag zu erklären, wollte er umweglos an die Öffentlichkeit treten. Das sorgte für einen Aufruhr. Der Ministerpräsident wurde vorgeladen und die Pressekonferenz machten andere.

Diese eigenmächtige, bisweilen selbstherrliche Praxis des Ministerpräsidenten führte letztlich zur Frage, wie lange es überhaupt akzeptiert werden kann, dass der Landtag an für die Zukunft des Landes existenziellen Entscheidungen nicht beteiligt ist.

Diese zentrale Frage war u. a. auch Gegenstand des Plenums am Folgetag, an dem Ministerpräsident Kretschmann über weitere Vorhaben und Schritte der Regierung erstmals alle Parlamentarier in eigener Person und nicht über die Medien informierte. Dennoch bleibt bei mir der latente Verdacht bestehen, die Regierung habe gar zu großen Gefallen daran gefunden, Entscheidungen in Eigenregie – unter Ausschluss des Parlaments – zu treffen.

Transparenz in Krisenzeiten? Eher Fehlanzeige

Ministerpräsident Kretschmann spricht oft, gerne und leidenschaftlich von einer ‚bürgernahen Politik der Transparenz', die er in der Krise selbst aber zunehmend vermissen lässt.

Die Freude am kritischen politischen Diskurs – der Debatte und Diskussion – scheint ihm im 9. Jahr seiner Amtsausübung immer mehr verloren zu gehen.

FDP-Gesetzentwurf zur parlamentarischen Kontrolle der Freiheitsbeschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie

Um ihn und seine Regierung an parlamentarische Grundtugenden zu erinnern, hat die FDP/DVP Fraktion jetzt einen Gesetzentwurf zur parlamentarischen Kontrolle der Freiheitsbeschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie eingebracht, der ‚künftige und bereits bestehende Rechtsverordnungen der Landesregierung zur Eindämmung der Covid-19-Epidemie unter einen Zustimmungsvorbehalt des Parlaments' stellen soll: „Angesichts der größten Einschränkungen der Bürger- und Freiheitsrechte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eine stärkere parlamentarische Kontrolle der Regierung durch den Landtag als höchstes Verfassungsorgan des Landes dringend geboten."

Persönliches Fazit

Unser Parlament ist mehr als relevant, auch und insbesondere in Krisenzeiten. Es repräsentiert die Bürgerinnen und Bürger des Landes, die zu Recht erwarten dürfen, dass über die Einschränkung ihre unveräußerlichen und schützenswerten Bürger- und Freiheitsrechte im Parlament debattiert und entschieden wird. Es braucht die kritische Sicht der Opposition – gerade in Krisenzeiten.

Sitzung des Verkehrsausschusses in Corona-Zeiten

Gabriele Heise
Regionalrätin
Mitglied im Verkehrsausschuss

Auch im Verband Region Stuttgart hat Corona den Terminkalender kräftig durcheinandergewirbelt. Eine der letzten Sitzungen, die „live und in Farbe" stattgefunden haben, war die des Verkehrsausschusses am 13. März 2020 – damals noch im Sitzungssaal im Verbandsgebäude mit netten Sitznachbarn, Kaffee, Brezeln, Zuhörern und einem sichtbaren Lächeln im Gesicht.

Gut sechs Wochen später war es just der Verkehrsausschuss, der als erster wieder „live und in Farbe" zusammentrat – diesmal im Großen Saal im Hospitalhof an Einzeltischen mit netten Sitznachbarn auf mehr als 2 Meter Distanz, ohne Kaffee und Brezeln, dafür aber mit viel Obst und Kaltgetränken auf jedem Tisch, weniger Zuhörern weit entfernt auf der Empore und einem Lächeln im Verborgenen.

Mich erinnerte die Anordnung der Tische spontan an meine Examensprüfung vor fast 30 Jahren. Allerdings waren damals die „Kontrolleure" sehr viel missmutiger als die freundlichen und sehr um unser aller Wohl bemühten Mitarbeiter des Verbandes. Ach ja: und eine Maske in den Parteifarben hätte ich mangels Mitgliedschaft zum damaligen Zeitpunkt auch nicht getragen …

Diesmal galt: wenn schon Lächeln im Verborgenen, dann wenigstens erkennbar liberal!

Und anders als im Examen war die Stimmung trotz aller Beschränkungen und Schwierigkeiten (Armin und ich konnten uns nicht während der Sitzung spontan abstimmen oder lästern, wie wir es sonst immer gerne tun …) sehr entspannt. Dank der hervorragenden Vorbereitung der Sitzung durch die Verbandsmitarbeiter und der guten Sitzungsleitung durch den Verbandspräsidenten konnten wir – wie vor Corona – miteinander diskutieren, streiten und beschließen. Mittlerweile haben wir dank zweiter Ausschusssitzung gemeinsam „auf Abstand" wichtige Beschlüsse für die Region fassen können. Als Träger der S-Bahn werden, wie die Sitzungen auch gezeigt haben, noch schwierige Zeiten auf uns zukommen. Im ÖPNV hat Corona schon jetzt tiefe Spuren hinterlassen, die uns noch intensiv und lang anhaltend beschäftigen werden. Aber immerhin: Zumindest im Verband lebt die Demokratie auch in Corona-Zeiten.

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG Für die Freiheit.
Baden-Württemberg

Reinhold Maier Stiftung | Baden-Württemberg

GUTE POLITIK BRAUCHT MUTIGE FRAUEN

FRAUENPOLITISCHE ANGEBOTE DER LIBERALEN STIFTUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Empowerment-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Wenn Sie sich auf persönlicher und fachlicher Ebene weiterentwickeln und Ihre Kompetenzen und Ihre Fertigkeiten schulen möchten, dann sind Sie beim Empowerment-Programm genau richtig!
Fertigkeiten-Trainings und Seminare, Netzwerkveranstaltungen mit begeisternden und motivierenden Referentinnen und Referenten, sowie eine exklusive Betreuung durch eine/n Mentor/in ermöglichen es Ihnen, ein breites Spektrum an politischen Kompetenzen, Wissen und Ressourcen zu erleben.

Bewerbungen sind drei Mal im Jahr möglich.

Weitere Informationen unter https://www.freiheit.org/empowerment

Unsere Publikationen zum Thema

- Liberalismus ist Feminismus
- Weibliche Vorbilder in Wirtschaftsschulbüchern
- Female Founders – Unternehmerinnen und was sie besser machen

Download unter https://shop.freiheit.org/#Publikationen/

Unsere Veranstaltungen für Frauen

19.09.	27.09.	06.11.	07.11.
Auftritt und Wirkung Training für politisch aktive Frauen	**Skill Camp** Politik-Kompakt-Training	**Gelassen im politischen Ehrenamt** Resilienztraining für (Kommunal-)Politikerinnen	**Frauen führen anders** Leadership im politischen Ehrenamt
Langenau	Stuttgart	Remchingen	Stuttgart

Anmeldung unter https://shop.freiheit.org

COVID 19 – eine Bewährungsprobe für unsere Stadt

Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender der
FDP-Gemeinderatsfraktion

Sibel Yüksel
Vorsitzende der
FDP-Gemeinderatsfraktion

Als am Freitag, den 13. März 2020, Oberbürgermeister **Fritz Kuhn** die Einstellung des kulturellen Lebens in der Stadt bekannt gegeben und am selben Tag das Land die Schließung der Schulen und Kitas beschlossen hat, war abzusehen, dass auch auf uns in Stuttgart etwas nie Dagewesenes zukommen wird. Ganz alltägliche Dinge, die bis dato selbstverständlich waren, waren und sind es weiterhin plötzlich nicht mehr. Selbstverständlichkeiten, wie der Besuch von Schulen und Kindergärten, Einkäufe, Kinobesuche, Fußballspiele, Vereinsleben u. v. m. waren auf einmal gar nicht bzw. nur unter starken Einschränkungen möglich. Es erfolgten massive – allerdings zum größten Teil gerechtfertigte – Eingriffe in unsere Grundrechte, die wir bis vor wenigen Monaten kaum für möglich gehalten haben.

Die unwirkliche Situation der vergangenen Wochen führte aber auch zu einer neuen Art der Gremienarbeit. Sitzungen wurden nicht mehr durch persönliche Präsenz abgehalten- vielmehr fanden Video- und Telefonkonferenzen statt. Auch die Gemeinderatsfraktion traf sich zu ihren wöchentlichen Fraktionssitzungen online.

Umsichtigen Kurs der Verwaltung unterstützt

Auch unsere Fraktion erreichten fast täglich neue Zahlen über die Entwicklung der Infektionszahlen und es mussten nicht nur von der Verwaltung schnell umsetzbare Entscheidungen zum Schutz der Gemeinschaft gefällt werden. Bei all diesen schwerwiegenden Entscheidungen war und ist es das oberste Ziel, die Ausbreitung des lebensbedrohlichen COVID-19-Virus zu reduzieren. Von Beginn an hat die FDP-Fraktion im Gemeinderat den umsichtigen Kurs der Verwaltung unterstützt und mitgetragen. Unsere konkreten Anregungen, wie z. B. die Programmierung der dynamischen Anzeigetafeln an den Hauptverkehrsstraßen mit der Aufforderung, Hände zu waschen bzw. Abstand zu halten wurde von der Verwaltung ebenso aufgegriffen, wie unser Vorschlag, dass nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Seniorenheimen auf Corona getestet werden sollen, sondern auch die Bewohnerinnen und Bewohner selbst.

Folgen für Gesellschaft gravierend

Neben den gesundheitlichen Folgen der Krise spielen auch die finanziellen Nachwehen für die Fraktion eine große Rolle. Was bedeutet die Krise für die Stadt und ihre Wirtschaft oder das kulturelle Leben? Was kommt noch auf uns zu? Wie gehen wir damit um? Schon zu Beginn des Lockdowns wurde sofort deutlich, dass die Krise gerade für die kleineren und mittleren Unternehmen, für Selbstständige und Freischaffende und damit auch für ihre Angestellten existenziell wird. „Diese wirtschaftliche Schieflage wird auch Auswirkungen auf unsere Stadtfinanzen haben – schließlich ist die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommune.“ bemerkte die Fraktion bereits Ende März in einem Pressestatement.

Städtische Rettungsprogramme auf den Weg gebracht

Trotzdem hat der Gemeinderat eigene Sofortmaßnahmen ergriffen. Um Hilfe für Gewerbetreibende und Gastronomen zu leisten, wurden beispielsweise Stundungen bei der Gewerbesteuer oder etwa bei Mieten von stadteigenen Gebäuden ermöglicht.

Aber, wie ist die Lage bei den rund 300 Sportvereinen? Wie geht es den Kultureinrichtungen? Durch Corona gibt es keinen Spielbetrieb mehr, Einnahmen aus Ticketverkauf und Sponsoring fehlen. Ende Mai hat der Gemeinderat ein Hilfs-

paket in Höhe von fünf Millionen Euro für Kultur und Sport beschlossen. Klar ist, dass Sport und Kultur noch eine lange Leidenszeit droht. Aber als erste Hilfe ist es ein Weg in die richtige Richtung.

Als weitere Soforthilfe für Familien hat die Stadt z.B. auf Kita- und Essensbeiträge verzichtet. Auch für freie Träger und Tagespflegepersonen sind Erstattungen vorgesehen.

Kommunaler Rettungsschirm mit hohen Erwartungen an Bund und Land

Im Mai hatte die Finanzverwaltung dann den „Schaden" beziffert: die Schätzungen für die Verschlechterungen für das im Dezember beschlossene Haushaltsjahr 2020 belaufen sich auf rund 400 Millionen Euro. Hinzu kommen die Rückgänge bei den Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 160 Millionen Euro.

Mit hohen Erwartungen blicken wir nun auf die tatsächlichen Finanzhilfen, die Bund und Land im Juni 2020 im Rahmen eines kommunalen Rettungsschirms zugesagt haben. Denn, würde die Haushaltslage mit den Mindereinnahmen und hohen Ausgaben so bleiben, müsste der Gemeinderat vor der Sommerpause einen Nachtragshaushalt beschließen. Dieser könnte mit Kürzungen einhergehen.

Allerdings kann die Stadt wohl davon ausgehen, dass Bund und Land mit rund 520 Millionen Euro den Stadthaushalt entlasten werden. Ein weiteres positives Signal ist, dass die Verwaltung selbst ihre Ausgaben auf 85 Prozent beschränkt hat. Die faktischen Ausgaben wurden allerdings nicht gekürzt, vielmehr handelt es sich bei den verbliebenen 15 Prozent um „Einfrierungen" bei den im Dezember 2019 beschlossenen Erhöhungen der Ausgabensätze. Also können soziale Leistungen – auch an freie Träger – auf dem 2019er Niveau gehalten werden. Erst einmal. Die kommenden Wochen im Rathaus werden also nicht minder spannend.

Zusammenhalt und Eigenverantwortung

Die vergangenen Wochen waren für uns alle mit harten, aber notwendigen Einschränkungen verbunden: Kontaktbeschränkungen, Schließung von Kitas, Schulen und Betrieben. Insbesondere Familien mit kleinen Kindern wurde und wird viel abverlangt. Aber der hohe Einsatz hat sich gelohnt! So ist die Reproduktionsrate – die angibt, wie viele Menschen eine infizierte Person ansteckt – gesunken und liegt weit unter dem vorgegebenen Ziel von 1. Es ist ein sehr zerbrechliches Ergebnis, aber ein Erfolg, der auch und vor allem den Bürgerinnen und Bürger zuzuschreiben ist, die sich an die Einschränkungen von Grundrechten und Gesundheits- und Hygienevorschriften gehalten haben. Vielen Dank dafür!

Die Infektionszahlen niedrig zu halten, muss aber weiterhin für uns alle oberstes Ziel bei der Bekämpfung der Pandemie sein. Dabei unterstützt auch die Maskenpflicht beim Einkaufen oder bei der Nutzung des ÖPNV. Denn auch die Alltagsmaske – im Volksmund schon liebevoll Maultäschle genannt – reduziert insbesondere den eigenen Ausstoß von Tröpfchen beim Sprechen oder Niesen. Doch ganz wichtig dabei bleibt: Achten Sie zusätzlich auf die Hygienevorschriften und halten Sie weiter Abstand. Nur in diesem Dreiklang können wir uns gegenseitig vor einer Ansteckung schützen.

Fakt ist: Das Corona-Virus ist lebensgefährlich und kann zu schweren Krankheitsverläufen bis hin zum Tod führen. Dass derzeit über die Grundrechtseinschränkungen kontrovers diskutiert wird, das gehört in solchen Lagen dazu und unsere Gesellschaft hält das aus. Aber das sich die Gesellschaft spaltet und man gar in Streit deswegen gerät, ist keineswegs hilfreich. Wie müssen sich die Menschen dabei fühlen, die jeden Tag für die Gesundheit von uns allen im Einsatz sind und gegen das tödliche Virus kämpfen? Der Blick auf das Wesentliche darf also nicht verloren gehen. Zusammenhalt und Eigenverantwortung sind wichtiger denn je.

Bei Fragen oder Anregungen zur Fraktionsarbeit – insbesondere aus den Bezirksbeiräten – freuen wir uns.

Sie erreichen die FDP-Fraktionsgeschäftsstelle unter 0711 216-60291 oder fdp.gemeinderat@stuttgart.de

Corona und Homeoffice: Chance oder Herausforderung für Frauen?

Susanne Winkler
Stv. Vorsitzende
Liberale Frauen BV Stuttgart

Die Pandemie hat das Land so plötzlich überrollt, dass kaum Schritt gehalten werden konnte – doch, das war ab dem 16. März 2020 erst einmal nicht nötig: der Lockdown gab die Richtung vor und verwies für alle auf die eigenen vier Wände. Diese unfreiwillige, plötzlich erzwungene „24-Std.-Familienzusammenführung" diente zum Schutz aller; wollte man nicht die gleiche Situation, wie man sie aus Italien täglich vor Augen hatte. Aktuell kann man für Deutschland resümieren: mit Erfolg. Zumindest, was die Infektion mit Covid-19 anbelangt! Beleuchtet man die Situation intensiver, so traten schnell Begebenheiten – vor allem für die Frauen – zutage, die man sich so nicht hätte vorstellen können. Homeoffice und digitales Lernen, Bildung und Fürsorge der Kleinsten plus Haushalt unter einen Hut zu bringen, das offenbarte rasant die Grenzen der Umsetzbarkeit.

Schnell wurden die Rufe nach konkreten Hilfen von Bund, Land und Kommune laut. Hier wurde reagiert, immer das Wohl der Gesamtgesellschaft im Auge behaltend. Dass „wir alle in einem Boot" sitzen, trifft es hier nicht! Wir erfahren zwar alle denselben Sturm, die Boote aber sind unterschiedlich! Sprich, die Situation, alleinerziehend zu sein, in einer Zweizimmerwohnung zu leben ohne Krippenplatz für das Kind, ist eine andere, wie die der Familie, die auf 100 qm lebt und zwei Kinderzimmer zur Verfügung hat. Trotzdem wurde auch dieses Wohnerlebnis zum Abenteuer, wenn man im Homeoffice zielgerichtet seiner Arbeit nachgehen soll. Der Ruf nach mehr Krippen und Kitas, Horte und Schulen ist nicht allein die Lösung, sondern nur ein Puffer für die „sogenannte Selbstständigkeit, bzw. das noch wichtigere Selbstbewusstsein". Fällt dieser Puffer weg, zeigt sich, wie Frauen zu kämpfen haben, da die Arbeit vor Ort in der Familie! – nach wie vor keiner ausgleichenden Verhältnismäßigkeit entspricht.

Arbeitgeber stellen den Frauen in Teilzeit-Jobs immer noch keine Bestätigung aus, die die Möglichkeit geben würde, aufgrund festgelegter Arbeitszeiten einen Anspruch auf Notbetreuung zu stellen. „Frau" ist für den Einsatz zwar „unerlässlich", doch diese Arbeit kann im Homeoffice auch von 22 bis 2 Uhr nachts erledigt werden, wenn die Kinder – hoffentlich – schlafen. Ohne gesundheitliche Folgen – auch für das Familienleben – bleibt das nicht. Ein zufriedenes Familienleben lässt sich nicht allein auf einem Zwei-Säulen-System „Frau und Arbeitgeber" aufbauen. Die dritte Säule, „Mann" muss ebenso mit einbezogen werden. Dieser Aufgabe muss sich insbesondere „Frau" nun unweigerlich stellen, wenn sie, so auch der Mann, Homeoffice als zukünftige Chance für sich in Betracht ziehen möchten.

Insofern gibt es noch viel zu tun – auch für die Liberalen Frauen und den FDP-Frauen insgesamt – die sich mit der „dritten Säule" immer wieder bei gezielten Debatten reiben müssen, damit sich eine „Verhältnismäßigkeit" auf den Listen zeitigt. Gerne verweisen wir an dieser Stelle schon heute auf die Veranstaltung mit **Prof. Dr. Markus Müller** im Anschluss an die Mitgliederversammlung am 19. Oktober 2020 in der Brauereigaststätte Dinkelacker. Er überschreibt seinen Vortrag um 19.30 Uhr provokativ mit: „Frauen wollen die Macht. Oder: Warum die Quote liberal ist."

Renata Alt, Vorsitzende der LiF BV Stuttgart: „Den Wiedereinstieg starten wir als LIF jedoch schon am 22. September 2020 um 18 Uhr in Stuttgart mit **Dr.-Ing. Herbert Tröscher** und dem Thema: „Steigende Gefahr von Stromausfall durch Energiewende?", zusammen mit der FNS und hoffen bis dahin auf ein herzliches und gesundes Wiedersehen!"

Förderverein liberaler Senioren e.V. neu konstituiert

Frank Bantle
Mitglied LSI-Regionalleitung
Stuttgart

Die liberalen Senioren sind inzwischen in allen 16 Bundesländern aktiv – mit unterschiedlichen Vereinsrechtsformen. Um ein gemeinsames „Dach" zu schaffen hat sich als gemeinnützig eingetragener Verein der Förderverein der liberalen Senioren neu auf Bundesebene konstituiert. Als Zweck wird angeführt: Förderung der politischen Bildung, insbesondere durch das Stärken und das Unterstützen älterer Menschen in der Politik sowie Förderung des ehrenamtlichen politischen Engagements. Die Finanzierung erfolgt über Mitgliedsbeiträge und Spenden, für die auch Spendenbescheinigungen ausgestellt werden.

Unser LSI-Landesvorsitzender **Dr. Wolfgang Allehoff** (Stuttgart) engagiert sich im Förderverein und lädt Interessierte ein, Mitglied zu werden oder die Arbeit des Vereins mit Spenden zu unterstützen (IBAN DE43 6005 0101 0008 02 21 52). „Im Zuge des demografischen Wandels steigt die Zahl älterer Menschen in politischen Gremien. Wir wollen liberal denkende Quereinsteiger unterstützen und für die Interessen der Senioren werben", so Allehoff.

Was gibt es sonst Neues von der LSI? Leider fällt wegen Corona der stets gut besuchte Landesseniorentag im Landtag aus, zu dem rund 250 Besucher kommen und Top-Referenten wichtige Impulse geben. Für die LSI-Landesmitgliederversammlung hat der Landesvorstand nun den 26. September 2020 reserviert.

Um die Kommunikation innerhalb des LSI zu verstärken versendet Dr. Wolfgang Allehoff mit seinem Redaktionsteam ab sofort einen Newsletter „auf einer Seite auf den Punkt gebracht" per E-Mail – als Ergänzung der zweimal pro Jahr erscheinenden Mitgliederzeitschrift „LSI aktuell".

Engagierte Mitglieder bei der LSI:
Prof. Karl-E. Noreikat (stv. Landesvorsitzender) und seine Frau Bärbel Noreikat (Beisitzerin Landesvorstand/Esslingen).

Im Einsatz für Handwerk, kleine Firmen und Solo-Selbständige

Dr. Thilo Scholpp
Vorsitzender Liberaler
Mittelstand Baden-Württemberg

Was ein Wirtschaftsverband für seine Mitglieder in guten und besonders in schlechten Zeiten leisten kann, konnten wir vom Liberalen Mittelstand Baden-Württemberg (LIM) in den letzten Wochen zeigen. Corona brachte uns von 0 auf 100 in den Hilfsmodus. Die erste Bilanz unserer Arbeit fällt positiv aus und motiviert uns im Landesvorstand und in den Bezirken wie Stuttgart, unseren Einsatz für „mehr Mittelstandskompetenz in der Politik" aktiv fortzusetzen. Weil die Mehrheit unserer rund 250 Mitglieder im Land Kleinunternehmer und Solo-Selbständige sind, erreichten uns bereits Mitte März Anfragen zu Förderungen und Kontakten zu Politikern. Viele LIM-Mitglieder wurden über Nacht von den Corona-Auswirkungen getroffen. Besonders hart natürlich Messebauer, Gastronomen, Physiotherapeuten und Einzelhändler.

Wie haben wir reagiert? Genauso schnell haben wir im Landesvorstand eine „Corona-Taskforce" gebildet, die sich wöchentlich über eine Digitalkonferenz traf und Themen von Mitgliedern sowie Mittelstandsfragen besprach. Parallel intensivierten wir die Kommunikation innerhalb des LIM und für Interessierte. Dies erfolgte durch zwei E-Mail-Newsletter zu Corona und Mittelstandshilfen, durch zahlreiche Beiträge auf unserer Verbandsseite www.limbw.de und Facebook-Posts.

Zwei wichtige Themen haben wir aktiv in die Politik getragen – mit Erfolg. Als beim ersten Soforthilfe-Programm der Landesregierung Solo-Selbständige nicht berücksichtigt wurden, haben wir gemeinsam mit **Gabriele Reich-Gutjahr** (wirtschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Landtag) eine Protestnote formuliert. Die Landesregierung besserte nach, weil wir und andere Mittelstandsorganisationen sofort reagierten.

Ebenso schnell haben wir ein paar Wochen später einen anderen „Aufreger" an unsere MdL und LIM-Mitglieder **Jochen Haußmann** und **Klaus Hoher** herangetragen – mitten im Corona-Feuer schickte die Landesregierung ihr KMU-Förderprogramm Digitalisierungsprämie in eine „technische Pause" (so die Begründung im Internet). Dabei wäre gerade diese Maßnahme für kleine Betriebe eine wichtige Hilfe. Unsere FDP-Politiker im Landtag nahmen sich der Sache an.

Das Engagement unserer Corana-Taskforce zahlte sich aus: Auch in der Krise konnten wir Neumitglieder gewinnen und bestehende Kontakte in die Landespolitik vertiefen. In Kürze laden wir auch wieder zu interessanten Netzwerk-Veranstaltungen ein.

Foto: Zentralverband deut. Bäcker-Handwerk

Der LIM ist eine Interessenvertretung
auch für Handwerksbetriebe in der Region

Neues aus der AG Verkehr

Wolf Dieter Dallinger
Sprecher der AG Verkehr
Stv. Bezirksbeirat Stuttgart-Nord

Michael Mehling
Bezirksbeirat Vaihingen

Covid-19

Corona hat nicht nur unser aller Leben durcheinandergewirbelt und die Wirtschaft aus dem Takt gebracht. Kontaktbeschränkungen führten zu deutlich mehr Arbeit von zu Hause aus und damit zu einem geringeren Verkehrsaufkommen. Die großen Transportkapazitäten auf wenig Raum bei Bus und Bahn erwiesen sich auf einmal nicht mehr als Vorteil, sondern als Nachteil, lautete das Motto doch nun „Abstand halten!“

Hier zeigt sich die Stärke einer liberalen Gesellschaft, die nicht alles auf ein Pferd setzt, sondern dem Bürger die Wahl zwischen vielen verschiedenen Verkehrsmitteln ermöglicht. Manch Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs stieg wieder auf sein Auto um und trug dazu bei, dass Abstandsregeln in Bus und Bahn eingehalten werden konnten.

Weniger Passagiere im ÖPNV bedeuten weniger Einnahmen bei nahezu unveränderten Ausgaben. Sowohl SSB als auch VVS rechnen Corona-bedingt mit einem deutlich größeren Zuschussbedarf in diesem Ausnahmejahr. Solides Wirtschaften in normalen Zeiten erlaubt es uns nun, zusätzliche Gelder zu mobilisieren, um gut durch die Krise zu kommen. Es bleibt spannend, welche langfristigen Auswirkungen Covid-19 auf den Verkehrsmix haben wird.

Weitere Aufsiedelung im Synergiepark erfordert ein tragfähiges Verkehrskonzept

Der Synergiepark Vaihingen/Möhringen ist mittlerweile das größte Gewerbegebiet in Stuttgart. Und der Synergiepark wächst weiter. Die Zahl der Arbeitsplätze wird sich bis ins Jahr 2030 von rund 20.000 heute auf rund 40.000 fast verdoppeln.

Unsere Haltung als gepostete Facebook-Kachel

So sehr diese Entwicklung zu begrüßen und unterstützen ist – die Gewerbesteuerzahlungen der Unternehmen am dortigen Standort eröffnen dem Gemeinderat einen Großteil der finanziellen Spielräume, die er für seine politischen Entscheidungen zum Wohle der Stuttgarter Bevölkerung braucht – so sehr sind andererseits aber ebenso auch die Folgen dieser Entwicklung, die heute schon zu langen Staus im Berufsverkehr rund um den Synergiepark und Belastungen in den angrenzenden Wohngebieten durch den Schleich- und Parksuchverkehr führt, nicht außer Acht zu lassen.

(Fortsetzung nächste Seite) →

Im Verkehrsstrukturplan von 2017 hat die Verwaltung der Stadt Stuttgart ein Gesamtpaket mit einer breiten Palette notwendiger oder empfehlenswerter Maßnahmen für den ÖPNV, den Radverkehr, den ruhenden Verkehr und den Straßenverkehr vorgelegt. In der letzten Beschlussvorlage der Stuttgarter Verwaltung zum Verkehrskonzept für den Synergiepark verabschiedet sich die Verwaltung plötzlich und unvermittelt mit einer abwegigen Kehrtwende vom dreispurigen Ausbau der nördlichen Nord-Süd-Straße. Wörtlich heißt es dort: „Zugunsten des Radschnellwegs und unter Berücksichtigung der hier noch vorhandenen Kapazitätsreserven wird der noch im Entwurf des Verkehrsstrukturplans angedachte, durchgehend drei-streifige Ausbau der Nord-Süd-Straße im Abschnitt Industriestraße bis Vaihinger Straße nicht mehr weiterverfolgt."

Diese Vorgehensweise der Verwaltung ist allein deshalb schon inakzeptabel, weil sie ohne Zahlen, Daten oder Begründung den im eigenen Verkehrsstrukturplan noch selbst empfohlenen Ausbau dieses Streckenabschnittes jetzt und in Zukunft hinfällig macht. Unsere Gemeinderatsfraktion und der Bezirksbeirat Vaihingen fordern die Planungen voranzutreiben, ohne auf den dreispurigen Ausbau des nördlichen Streckenabschnittes zwischen Industriestraße und Vaihinger Straße zu verzichten und für den Streckenverlauf des vorgeschlagenen neuen Radschnellweges einen geeigneten Vorschlag zu entwickeln, der nicht in Konkurrenz zum Ausbau der Nord-Süd-Straße auf diesem Streckenabschnitt steht.

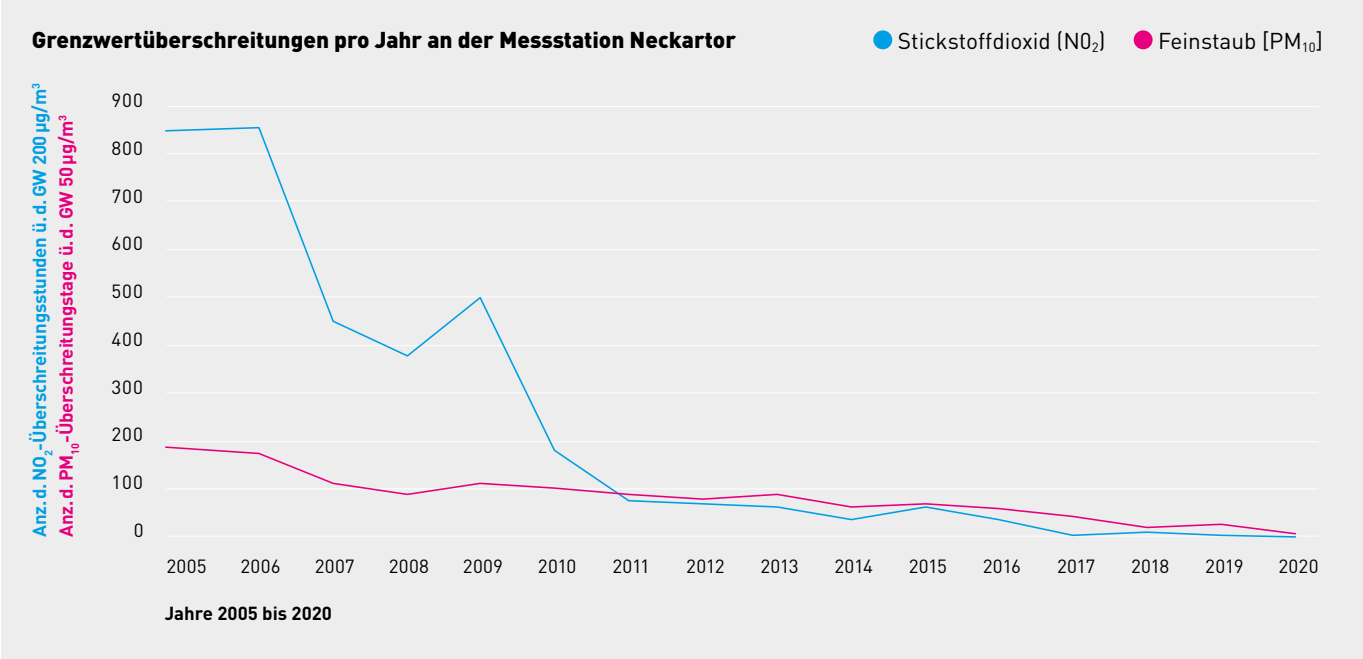
Stadtbahnplanungen im Südwesten Stuttgarts und im Kreis Böblingen

Die SSB macht sich Gedanken über einen Ausbau der Stadtbahn im Bereich Kaltental/Möhringen/Vaihingen. Neben einem weiteren Filderaufstieg, dieses Mal zwischen Kaltental und Möhringen, um die starke Nachfrage zwischen Innenstadt und Fildern bedienen zu können, geht es um eine Verlängerung der Stadtbahn in Vaihingen nach Büsnau einerseits und zum Eiermann-Areal andererseits.

Bedarf für eine bessere Versorgung durch Bus und Bahn gibt es aber nicht nur in Stuttgart. Der Kreis Böblingen lässt nun untersuchen, welche Verbesserungen im Schienenverkehr möglich sind. Wesentlicher Teil der Überlegung stellt eine Verlängerung von bestehenden und geplanten Stadtbahnstrecken in den Kreis Böblingen hinein. Im Nordosten endet die U6 in Gerlingen vor der Kreisgrenze zu Böblingen. Diese Strecke könnte nach Leonberg zur S-Bahn verlängert werden. Die SSB ihrerseits möchte die U13 über Hausen nach Ditzingen verlängern. Hier wird ebenfalls eine Weiterfüh-

Überschreitungen von Stickstoffdioxid und Feinstaub an der Stuttgarter Messstation Neckartor

Das Amt für Umweltschutz, Abt. Stadtklimatologie, veröffentlich im Internet die Anzahl der Überschreitungsstunden von Stickstoffdioxid (NO_2) > 200 µg/m³ und die Anzahl der Überschreitungstage von Feinstaub (PM_{10}) > 50 µg/m³. Wir haben die Entwicklung zwischen 2005 und 2020 grafisch aufbereitet und sind der Meinung, dass sich diese recht vielversprechend entwickelt.



Im Jahr 2020 liegt die Anzahl der Überschreitungsstunden von NO_2 bei 0 (null) Stunden. Seit 2017 (NO_2) bzw. 2018 (PM_{10}) gab es keine Überschreitungen mehr. Wer selbst nachschauen möchte: https://www.stadtklima-stuttgart.de/index.php?luft_messdaten_ueberschreitungen

rung Richtung Leonberg untersucht. Vom Eiermann-Areal und von Büsnau aus in Vaihingen müsste die Stadtbahn zwar 3 bzw. 4 Kilometer durch den Wald nach Sindelfingen überbrücken. Die U3 legt aber eine ähnlich lange Strecke ohne Zwischenhalte zwischen Möhringen und Plieningen zurück. Geprüft werden soll, ob eine Führung über Sindelfingen nach Böblingen sinnvoll ist. Die Prüfung umfasst die konkreten Streckenführungen und die wirtschaftliche Bewertung.

Einrichtung von Pop-up-Bike-Lanes in der Theodor-Heuss-Straße und Holzgartenstraße

Weil wegen Corona deutlich weniger Autos, dafür viel mehr Radfahrer durch Stuttgart fahren, hat die Landeshauptstadt Stuttgart dem Vorbild zahlreicher anderer Städte folgend während der Corona-Krise temporäre Radfahrstreifen, sogenannte „Pop-up-Bike-Lanes“ eingerichtet. Die Radwege werden in der Theodor-Heuss-Straße zwischen Lange Straße und Bolzstraße (ca. 700 m) sowie in der Holzgartenstraße zwischen Schlossstraße und Hegelplatz (ca. 400 m) in beiden Richtungen ausgewiesen. Jeweils die rechte Fahrspur wird zum Radfahrstreifen.

Die grundsätzliche Frage Raum für Radfahrer und Fußgänger zu schaffen und den Verkehr für Radfahrer und Fußgänger sicherer zu machen ist eine der wichtigsten in der Kommunalpolitik. Und dass hierbei möglicherweise bei knappem Raum stellenweise für den Autoverkehr weniger Platz zur Verfügung stehen kann, ist eine logische Folge. Diese grundsätzliche Frage mit Provisorien und Stückwerk beantworten zu wollen, ist der falsche Weg und die Pop-up-Lanes sind eine Mogelpackung. Es ist falsch Krisen als Begründung zu nutzen, um etwas durchzusetzen, das man ohnehin schon immer durchsetzen wollte.

Sie möchten mitmachen?

Die AG Verkehr lebt vom Mitmachen. Ob Sie vom Fach sind oder einfach Interesse am Thema haben: Sie sind bei uns herzlich willkommen! Wir treffen uns alle vier bis sechs Wochen (Corona-bedingt zurzeit per Videokonferenz) und diskutieren in lockerem Rahmen aktuelle Vorhaben und Ereignisse. Gerne können Sie auch Ihre eigenen Themen mitbringen.

Armin Serwani, unser Stadtrat und Regionalrat für Verkehrsthemen, bringt Neues aus dem Gemeinderat, der Regionalversammlung und den entsprechenden Ausschüssen ein und nimmt Ideen und Anregungen mit. Wenn Sie teilnehmen möchten, so melden Sie sich bitte einfach per E-Mail bei **Wolf Dieter Dallinger** (wolf.dieter@dallinger.de) oder über die Geschäftsstelle (info@fdpstuttgart.de).

Digital First – die AG Digitalisierung

Jan Walter
AG Digitalisierung

Spätestens durch die Corona-Krise ist die Digitalisierung auch bei uns in der FDP in jedem Winkel angekommen. GoToMeetings in den Stadtgruppen sind noch nicht Alltag, aber fast. In der Arbeitsgruppe tauschen wir uns digital aus, die Tools sind alle da, wir müssen sie nur verstehen lernen und nutzen können. Und darin sehen wir auch unseren Input, der FDP Stuttgart aus der digitalen Perspektive Impulse zu geben.

Der Stadt- und Landtagswahlkampf wirft schon seine analogen Schatten voraus. Und der ist lang, die Digitalisierung in den Schulen ist, freundlich formuliert, ausbaufähig. Die Lehrmittelfreiheit aus der Landesverfassung endet nicht bei den Büchern! Der Zugang zum Netz ist der Zugang zur individuellen Gestaltung der eigenen Zukunft. Daher sollte zum Beispiel jedes Kind die Möglichkeit haben, auf einen Rechner zugreifen zu können.

Der Wahlkampf wird noch stärker in der digitalen Welt stattfinden, wir wollen auch dafür Impulse liefern, wie die digitale und die analoge Welt miteinander verbunden werden. Kaum ein Bereich des Alltags und erst recht kein Aspekt in unserem Wahlprogramm ist ohne den Einfluss der Digitalisierung. „Ich habe kein Netz“, dieser Satz ist hoffentlich in Stuttgart bald nicht mehrt zu hören. Dafür wollen wir als FDP unseren Beitrag leisten.

Sie möchten bei der AG Digitalisierung mitmachen?

Wir tauschen uns an jedem letzten Donnerstag im Monat derzeit via Videokonferenz aus. Wenn Sie teilnehmen möchten, so melden sie sich bitte einfach per E-Mail bei **Jan Walter** (jan_walter@me.com) oder über die Geschäftsstelle (info@fdpstuttgart.de).

Termine im 3. Quartal 2020

Kurzfristige Terminänderungen sind möglich. Aktuelle Termine finden Sie auf www.fdpstuttgart.de.

Juli 2020

06.	19:30 Uhr	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
15.	19:30 Uhr	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › Cavos Taverna, Lautenschlagerstr. 20
16.	19:30 Uhr	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Ramsbachtal, Taldorfer Str. 59
18.	10:00 Uhr	**Landesverband › Landesparteitag** › Messe Karlsruhe
20.	19:30 Uhr	**Kreisvorstand › Kreisvorstandssitzung** › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Str. 46
	19:30 Uhr	**SG Degerloch › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant Stuttgarter Kickers, Königsträßle 58
21.	19:00 Uhr	**SG Mühlhausen/Münster › Stadtgruppensitzung** › Vereinsheim TSV Mühlhausen, Mönchfeldstr. 100
	19:30 Uhr	**SG Sillenbuch › Stadtgruppensitzung** › *Ob offline oder online wird noch bekannt gegeben*
25.	11:00 Uhr	**Kreisverband › Wahlkreiskonferenz (Kandidatenaufstellungen Landtagswahl und Bundestagswahl)** › GAZI-Stadion, Guts-Muths-Weg 4, Tor 11, Stuttgart-Degerloch

August 2020

01.	17:00 Uhr	**SG Mitte/Süd › Sommerfest** › bei Prof. Dr. Dr. h.c. Stahr im Garten
04.	19:00 Uhr	**SG Ost › Sommersitzung und Get-together** › *Ort wird noch bekannt gegeben*
17.	19:30 Uhr	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
20.	19:30 Uhr	**SG Sillenbuch › Stadtgruppensitzung** › *Ob offline oder online wird noch bekannt gegeben*

September 2020

15.	19:00 Uhr	**SG Mühlhausen/Münster › Stadtgruppensitzung** › Vereinsheim TSV Mühlhausen, Mönchfeldstr. 100
16.	19:30 Uhr	**SG Mitte/Süd › Stadtgruppensitzung** › Gaststätte Emilie, Mozartstr. 49
17.	19:30 Uhr	**SG Plieningen/Birkach › Stadtgruppensitzung** › Clubhaus KV-TV Plieningen, Im Wolfer 32
19.		**Bundesverband › 71. Ordentlicher Bundesparteitag** › Berlin
22.	19:30 Uhr	**SG Sillenbuch › Stadtgruppensitzung** › *Ob offline oder online wird noch bekannt gegeben*
24.	20:00 Uhr	**SG Botnang › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*
28.	19:30 Uhr	**SG Vaihingen › Stadtgruppensitzung** › Clubrestaurant „Da Domenico“, Heßbrühlstr. 64
29.	19:30 Uhr	**SG Ost › Stadtgruppensitzung** › *Ort wird noch bekannt gegeben*

Richard Bihlmaier

12.02.1938 – 09.04.2020

Im Alter von 82 Jahren ist unser Stuttgarter Mitglied und Seniorchef des Maultaschen-Herstellers „Bürger“, Richard Bihlmaier, gestorben. Er hatte sich mit dem neuen Corona-Virus infiziert. Die Lungenkrankheit hatte einen sehr schweren Verlauf genommen.

Richard Bihlmaier war Mitglied der Freien Demokratischen Partei seit 12. Januar 2015. Die Stuttgarter Freien Demokraten verneigen sich in Achtung und Dankbarkeit vor seinem politischen Engagement für die liberale Sache und seiner beeindruckenden unternehmerischen Lebensleistung. Wir werden Richard Bihlmaier stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und den Angehörigen.

Wolf-Dieter Wieland

24.09.1943 – 27.04.2020

Der FDP-Kreisverband Stuttgart trauert um sein langjähriges Mitglied Wolf-Dieter Wieland. Er vertrat die Stuttgarter Liberalen im Bezirksbeirat Stuttgart-Süd seit vierzig Jahren und war der dienstälteste FDP-Bezirksbeirat in Stuttgart. Für sein vorbildliches kommunalpolitisches Engagement wurde Wieland mit dem Verdienstabzeichen in Gold vom Städtetag Baden-Württemberg geehrt. Er starb am 27. April 2020 im Alter von 76 Jahren an plötzlichem Herzversagen.

Sein Engagement hat ihm nicht nur in der Stuttgarter Kommunalpolitik bleibenden Dank und Respekt verschafft. Seine Erfahrungen, sein unermüdlicher Einsatz für wirkliche Verbesserungen im Stadtbild und sein Engagement für ein menschliches Stuttgart, etwa durch seine Unterstützung der Jugendfarm Stuttgart und für Integrationsprojekte für Geflüchtete, machten ihn für uns alle zum Vorbild.

Wir werden ihn sehr vermissen. Sein Einsatz wird für uns unvergessen bleiben. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und den Angehörigen.

Einladung zur Kreismitgliederversammlung am 25. Juli 2020 um 11 Uhr im GAZI-Stadion zur Wahl der Kandidaten für die Landtagswahl und die Bundestagswahl 2021